12 | 2021

11. Infobrief der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Augsburg

Stadtgrün

MitWIRkung in Augsburg

Mehr Beteiligung wagen!

Lebendige Quartiere

Inhalt

4 **Mehr Beteiligung wagen!**
Verena v. Mutius-Bartholy & Peter Rauscher

7 **Jugendbeteiligung? Läuft bei uns.**
Sabrina Koch & Marie Rechthaler

9 **Die Wahl haben – ab 16!**
Claudia Roth

10 **Struktur schafft Verhalten**
Dr. Pia Haertinger

12 **Migrantische Perspektiven stärken!**
Dr. Stefan Wagner & Serdar Akin

14 **Mobil machen**
Dr. Deniz Anan

16 **Bürger*innen zur Beteiligung in Augsburg**

18 **Lebendige Quartiere durch aktive Bürger*innen**
Christine Kamm & Melitta Hippke

20 **Mitreden lassen – aber richtig**
Franziska Wörz & Raphael Brandmiller

23 **Stadtentwicklung zum Mitmachen**
Verena von Mutius-Bartholy

25 **Die grünen Referate beteiligen dich!**
Jürgen K. Enninger, Martina Wild & Reiner Erben

31 **Bürger*innenräte für lebendige Demokratie**
Claudia Roth

32 **Aus dem Landtag**
Stephanie Schuhknecht & Cemal Bozoğlu

Redaktion & Gestaltung: Claudia Resenberger & Anna Therese Müller

Bilder: Jennifer Juchem (Titel), GRÜNE Stadtratsfraktion (S.6), Anette Zoepf (S.8), stock.adobe.com/tilialucida (S.9), Florian Bauernfeind, Soziokratie Zentrum Österreich (S.11), augsburg.de/diwa (S.13), Unsplash/GeoJango Maps (S.15), Martin Daumiller (S.16 oben), Ruth Plössel (S.16 Mitte), Beril Kunisch (S.16 unten), Frieda Rothe (S.17 oben), Lukas Ulbrich (S. 17 unten), Christine Kamm (S.19), Anette Zoepf (S. 21, S. 22), M. Nagy, LHM (S. 24), Jürgen K. Enninger (S.26 oben), Jutta Holzapfel (S. 26 unten), Stadtbibliothek Hannover (S.28 oben), Michael Hegele (S. 28 unten), Hahn/Stadt Augsburg (S. 30 oben), LPV Stadt Augsburg (S. 30 unten), Kristian Schuller (S. 31), Stephanie Schuhknecht (S. 32), Cemal Bozoğlu (S.34), Katharina Heuberger (S. 35)

V.i.S.d.P.: Verena von Mutius-Bartholy, Fraktionsvorsitzende
Produktion: SENSER-DRUCK GmbH, Augsburg

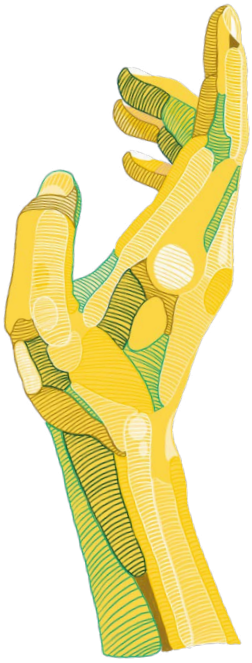
Druckerzeugnis
www.natureoffice.com/DE-559-KRXEY4H
klimaneutral
durch CO2-Ausgleich

IMPRESSUM

Infobrief der Stadtratsfraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Augsburg

Rathausplatz 2, 86150 Augsburg
Tel: 0821/ 3244369
stadtratsfraktion@gruene-augsburg.de
www.gruene-fraktion-augsburg.de

Facebook: @gruene.augsburg
Instagram: @gruene_augsburg
Twitter: gruene_augsburg



Editorial

Augsburg ist mitten in einem Wandlungs- und Modernisierungsprozess, der viele Herausforderungen mit sich bringt: Sei es die Umgestaltung der Verkehrsinfrastruktur hin zu mehr Fuß-, Rad- und öffentlichem Personennahverkehr, die wachsende Wohnungsnot oder die Entwicklung der Innenstadt. Wir GRÜNEN wollen diese Aufgaben möglichst demokratisch lösen, damit die Stadtgesellschaft Ideen einbringen und erarbeitete Strategien mittragen kann.

Bei sehr komplexen Vorhaben ergibt sich leicht der Eindruck von Intransparenz. Deshalb ist es uns besonders wichtig, diese Projekte aufrichtig und offen darzustellen, um Vertrauen zu gewinnen und Lösungen zu finden, die für möglichst viele Menschen in unserer diversen Stadtgesellschaft tragbar sind. Bürger*innenbeteiligung ist für uns ein Schlüssel, um Projekte und Vorhaben zugänglich zu machen und Augsburg so konsensorientiert fit für die Zukunft machen zu können. Darum setzen wir uns immer wieder mit unterschiedlichen Möglichkeiten und Formaten der Beteiligung auseinander und widmen dem Thema diese Stadtgrün-Ausgabe.

Wir beschäftigen uns mit den Fragen, wie Bürger*innenbeteiligung in der Kommunalpolitik aussehen kann und warum sie uns so wichtig ist, wie bestimmte Gruppen, die bisher nicht ausreichend beteiligt werden, besser eingebunden werden können und welcher Mehrwert sich daraus für die Entwicklung unserer Stadt und für einzelne Politikbereiche ergibt. Neben Beiträgen unserer Stadträt*innen sowie unserer Bundes- und Landtagsabgeordneten haben wir in dieser Ausgabe auch immer wieder Platz für Stimmen aus der Stadtgesellschaft reserviert, für ihre Wünsche und Eindrücke zum Thema Mitwirkung.

Ihre Fraktionsvorsitzenden

Verena von Mutius-Bartholy
& Peter Rauscher

BÜRGER*INNENBETEILIGUNG AUS GRÜNER PERSPEKTIVE

Mehr Beteiligung wagen!

Im Gespräch mit Daniel Tröster, Experte für Planungs- und Partizipationsprozesse und Fraktionsgeschäftsführer, diskutieren unsere Fraktionsvorsitzenden Verena von Mutius-Bartholy und Peter Rauscher, was uns an dem Thema so wichtig ist und wie „echte" Bürger*innenbeteiligung gelingen kann.

Das Thema Bürger*innenbeteiligung ist für uns GRÜNE ein elementarer Bestandteil politischer Arbeit in der Demokratie. Unser Fraktionsgeschäftsführer und Beteiligungsexperte Daniel Tröster hat sich darüber mit unseren Fraktionsvorsitzenden ausgetauscht.

DANIEL TRÖSTER (DT) **Wenn Beteiligungsmöglichkeiten ausgebaut werden, wird politische Arbeit dadurch komplizierter?**

PETER RAUSCHER (PR) Sie wird nicht komplizierter, sie wird anders. In frühzeitigen und ernsthaften Beteiligungsformen steckt aber ein enormes Potenzial. Die Menschen wünschen sich mehr Beteiligung, Mitsprache und eine frühe Mitwirkung an Entscheidungen. Alle paar Jahre ihr Kreuz zu machen genügt vielen nicht. Sich diesem Anspruch zu stellen und darin keine Bedrohung der eigenen Rolle als Repräsentant*in zu sehen ist eine Herausforderung, die wir als Regierungsfraktion gerne annehmen. Wenn wir hier nicht umdenken, werden wir einem modernen Demokratieverständnis nicht gerecht und verlieren engagierte Menschen an populistische Schreihälse und ihre falschen Versprechen. Für mich geht es in erster Linie darum, Menschen und ihre Ideen mitzunehmen, statt sie außen vor zu lassen. Das führt zu besseren Lösungen, die eher von der breiten Bevölkerung mitgetragen werden. Bürger*innenbeteiligung ist für alle Seiten bereichernd!

VERENA VON MUTIUS-BARTHOLY, FRAKTIONSVORSITZENDE, SPRECHERIN FÜR KULTUR, JUGENDKULTUR, ERINNERUNGSKULTUR UND STADTPLANUNG

VERENA VON MUTIUS-BARTHOLY (VM) Vorausgesetzt die Beteiligungsverfahren sind geeignet und kommunizieren klar, in welchem Umfang Beteiligung möglich ist. Dann trägt Beteiligung zur qualitativen Verbesserung unserer politischen Arbeit bei. Der Gesamtaufwand ist dabei nicht zwingend größer. Im Idealfall findet eine Aufwandsverlagerung statt – hin zu einer frühzeitigen Klärung während der Entwicklungsphase und weg von der Schlichtung zermürbender Konflikte im Nachhinein. Deshalb ist es uns so wichtig, dass dabei bestimmte Prinzipien eingehalten werden. Ganz entscheidend ist z. B. eine Begegnung mit den Bürger*innen auf Augenhöhe. Wenn am Anfang schon feststeht, was am Ende rauskommen soll und die Beteiligung nur inszeniert wird, um die geplanten Vorgänge zu legitimieren, dann ist das nicht mehr als eine Verkaufsveranstaltung. Dann werden Bürger*innen nicht ernst genommen und das eigentliche Anliegen wird ad absurdum geführt. Wichtig ist außerdem, dass klar kommuniziert wird, wie ergebnisoffen die Beteiligung im Hinblick auf die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen sind.

DT **Das bedeutet aber auch, dass die Ergebnisse womöglich stark von den Erwartungen und Wünschen der Politiker*innen abweichen oder auch mal gar keine Einigung zustandekommt. Wie geht ihr damit um?**

VM Natürlich gibt es dieses Risiko, doch darauf muss man sich einlassen, wenn man Neues wagen will. Wenn allerdings von vornherein klar ist, dass es eigentlich keinen Entscheidungsspielraum gibt, ist ein Beteiligungsverfahren schlicht nicht der richtige Ansatz. Dann ist es aber trotzdem wichtig, über Vorgänge und Hintergründe transparent zu informieren und nachvollziehbare Argumente vorzubringen. Hier unterscheiden wir GRÜNEN zwischen Bürger*inneninformation und Bürger*innenbeteiliung.

PR Beteiligung ist nicht gleichbedeutend mit Entscheidung. Aber wenn es Entscheidungsspielraum gibt und Partizipation ermöglicht wird, müssen die Ergebnisse auch aufgegriffen werden und in die Entscheidungen einfließen. Beteiligung erfordert insgesamt zwar mehr Flexibilität, bringt aber einen deutlichen Mehrwert im Hinblick auf Qualität und Akzeptanz der Lösungen sowie auf Identifikation und Mitverantwortung. Beteiligung fördert Kreativität, initiiert Lernprozesse und ist darüber hinaus eine logische Konsequenz unserer grünen Überzeugung, dass mehr „Bottom-up" ein Gebot der Stunde ist und der grassierenden Politikverdrossenheit entgegenwirken kann.

DT **Gibt es in diesem Kontext bei euch auch sowas wie „Bürger*innenverdrossenheit"? Also tolle Angebote und niemand macht mit?**

VM Natürlich finde ich es schade, wenn Beteiligungsmöglichkeiten von Bürger*innen nicht genutzt bzw. Potenziale nicht ausgeschöpft werden, aber wir müssen uns dann eben fragen: Warum wurden gewisse Leute nicht erreicht? Welche Informationskanäle oder Beteiligungsformate eignen sich eventuell besser? Wo können wir Hürden abbauen und Menschen motivieren, sich aktiv einzubringen? In der Praxis haben wir aber kaum das Problem, dass niemand mitgestalten will. Es sind nur oft nicht alle Gruppen gleich stark repräsentiert.

PETER RAUSCHER, FRAKTIONSVORSITZENDER, SPRECHER FÜR UMWELT- UND NATURSCHUTZ, KLIMASCHUTZ, NACHHALTIGKEIT, ARTENSCHUTZ, PERSONAL UND ORGANISATION, QUEER UND GESUNDHEIT

PR Ja, das ist in der Tat ein Problem. Traditionelle Beteiligungsangebote können das Ungleichgewicht hinsichtlich gesellschaftlicher Mitgestaltung sogar vergrößern. Uns GRÜNEN ist es deshalb besonders wichtig, dass Beteiligung inklusiv ist! Es gibt hier vielversprechende emanzipatorische Ansätze, um gezielt auch „schweigende Gruppen" anzusprechen und einzuladen.

DT **Beteiligung sollte also inklusiv sein und auf Augenhöhe mit den Bürger*innen stattfinden. Was noch?**

PR Eine Bedingung für gelingende Beteiligung und generell ein zentrales grünes Anliegen ist maximale Transparenz von Anfang an. Alle relevanten Informationen müssen gut aufbereitet auf den Tisch. Darüber hinaus sollten auch Ziele und Interessen, die mit einem Vorhaben verbunden sind, klar kommuniziert werden – was übrigens auch eine Voraussetzung für Begegnung auf Augenhöhe ist. Ein weiterer Aspekt in diesem Zusammenhang ist die Kontinuität der Informationspolitik. Häufig ist Transparenz

Bürger*innenbeteiligung – Was ist das eigentlich?

„Unter Bürgerbeteiligung werden alle Verfahren und Prozesse verstanden, bei denen Personen außerhalb politischer Mandatsträger oder der ihnen zugeordneten Behörden und Institutionen an der kollektiv wirksamen Willens- und Entscheidungsfindung aktiv mitwirken"
(Benighaus et al. (Hrsg.) 2016: Bürgerbeteiligung. Konzepte und Lösungswege für die Praxis. Wolfgang Metzner Verlag, S. 33)

Dabei unterscheidet man formelle, gesetzlich geregelte (in Augsburg z. B. Bürgerbegehren „Fahrradstadt jetzt", Ratsbegehren, Bauleitplanungen) und informelle, durch Organisator*innen und Mitwirkende frei gestaltbare Verfahren (in Augsburg z. B. Beiräte wie der Klimabeirat, Forum Innenstadt Augsburg, Runde Tische für die Kultur), die jeweils von der Stadt oder aus der Bürgerschaft heraus initiiert werden können. Reine Informationsveranstaltungen fallen nicht darunter.

eine Momentaufnahme, während sich der gesamte Prozess nicht selten über viele Jahre erstreckt. Wie kann es gelingen, Entwicklungen über lange Zeiträume sichtbar und nachvollziehbar zu halten? Dieser Herausforderung wollen wir uns stellen.

VM Grundsätzlich ist ein planvolles Vorgehen das A und O für jedes Beteiligungsverfahren. Es gibt aber kein „Schema F" für Bürger*innenbeteiligung. Für jeden Anlass muss ein geeignetes Konzept entwickelt werden – je nach Zielsetzung, Planungshorizont, öffentlichem Interesse bzw. Konfliktpotenzial. In diesem Kontext müssen schon im Vorfeld zentrale Fragen geklärt werden.

DT Welche wären das?

VM Zu allererst: Wer soll überhaupt beteiligt werden? Stakeholder vertreten z. B. tendenziell eher ihre eigenen Interessen und haben vielleicht weniger das Gemeinwohl im Blick, sollten aber natürlich mehr Mitspracherecht haben als diejenigen, die gar nicht direkt betroffen sind. Wichtig ist auch die Frage: In welcher Phase ist Beteiligung tatsächlich sinnvoll? Für Baugenehmigungsverfahren beispielsweise ist Beteiligung rechtlich gar nicht möglich, im Rahmen der Bauleitplanung dagegen sogar explizit vorgesehen. Wie weit soll die Mitbestimmung reichen und wie soll mit den Ergebnissen umgegangen werden? Geht es „bloß" um ein Stimmungsbild oder werden Bürger*innen weitreichende Entscheidungsbefugnisse eingeräumt – etwa im Rahmen eines Bürgergutachtens, das auch dazu führen kann, dass ein geplantes Projekt gekippt wird, wenn es nicht überzeugt. Und schließlich: Welche Ansätze und Methoden passen zum Gegenstand der Beteiligung und zu den beteiligten Bürger*innen?

Beteiligungsformate ganz selbstverständlich anwenden

PR Und dazu kommt noch die übergeordnete Ebene. Ein Beteiligungsprozess muss professionell organisiert und moderiert sein. Deshalb wünschen wir uns für Augsburg ein Beteiligungsbüro, das die erforderlichen Kompetenzen bündelt und auch die überregionale Anschlussfähigkeit der Resultate im Blick hat. Dabei müssen wir das Rad nicht neu erfinden, aber wissen, welche Räder rund laufen und zum Ziel führen! Es gibt zahlreiche bewährte konzeptionelle und methodische Zugänge und überzeugende Leitbilder, z. B. in Heidelberg, Leipzig oder Bonn. Daraus passgenaue Angebote für Augsburg zu schneidern ist unser Ziel. Uns ist enorm wichtig, dass keine Potenziale verschwendet werden und die teilnehmenden Bürger*innen das Gefühl haben, dass ihr ehrenamtlicher Einsatz sich lohnt.

DT Schlussfrage: Welches Beteiligungsprojekt wollt ihr in dieser Wahlperiode unbedingt noch auf den Weg bringen?

PR Ich will, dass wir in dieser Stadtratsperiode die Strukturen schaffen, dass die unterschiedlichen Beteiligungsformate und Möglichkeiten ganz selbstverständlich in allen infrage kommenden Verfahren und Projekten angewendet werden und dass wir offen darüber reden, evaluieren und gemeinsam dadurch unsere Demokratie stärken.

VM Das von mir seit Beginn meiner Stadtratstätigkeit angestoßene Jugendbeteiligungskonzept muss nach 14 Jahren endlich umgesetzt werden, aber hier sind wir aktuell auch Dank unserer Bürgermeisterin Martina Wild auf einem sehr guten Weg. Wir müssen den jungen Menschen damit zeigen, dass es sich lohnt in der besten Regierungsform der Welt – der Demokratie – Stakeholder zu werden und Teil einer aktiven Gesellschaft zu sein.

MEHR PARTIZIPATION FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

Jugendbeteiligung? Läuft bei uns.

Eine der wichtigsten Zielgruppen für kommunale Beteiligungsformate sind Kinder und Jugendliche, denn sie haben im Vergleich zu anderen Personengruppen weniger Möglichkeiten, direkt Einfluss auf ihre Lebenswelt zu nehmen. Zukunftsgestaltung muss mit Jugendlichen und nicht über ihre Köpfe hinweg entschieden werden. Schließlich müssen sie am längsten mit den Folgen der heutigen Politik leben.

Nach einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung fühlen sich 65 Prozent der befragten Jugendlichen während der Corona-Pandemie von der Politik nicht gehört. Wir GRÜNEN setzen uns daher schon seit 2009 intensiv für eine stärkere Jugendbeteiligung in Augsburg ein. Denn dafür gibt es gute Gründe.

Ernstgemeinte Beteiligung seitens der Kommune schafft ein Selbstwirksamkeitsgefühl und motiviert dadurch zu weiterem Engagement. Sie ist der Schlüssel zu Aneignungs- und Bildungsprozessen, hilft Ungleichheiten zu überwinden und sichert die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt, indem Kinder und Jugendliche zu politischem Handeln befähigt werden und demokratische Prozesse hautnah erleben. Wichtig ist dabei, dass die Beteiligung stets freiwillig, niederschwellig und offen für alle ist. Die Methode muss sich den Beteiligten anpassen – nicht umgekehrt! Formate müssen abgestimmt sein auf Lebenslage, Bedürfnisse, Interessen, Hintergründe und Kommunikationsformen der Kinder und Jugendlichen. Zudem sollten die Ergebnisse in einem erfahrbaren Zeitraum realisiert werden.

Geht es z. B. um den Bau eines Spielplatzes, ist es wichtig, dass die beteiligten Kinder und Jugendlichen diesen auch noch in ihrer Jugendzeit nutzen können. Außerdem müssen Art und Umfang der Beteiligung für jedes Projekt definiert werden (z. B. nach Maria Lüttringhaus): Möchte man bei der Planung eines Pausenhofs oder eines Parks als Stadt lediglich die Meinung der Kinder und Jugendlichen hören (Mitsprache und Mitwirkung) – oder haben sie in einem wie auch immer gearteten Planungsprozess eine gleichberechtigte Stimme (Mitbestimmung)? Werden sie nur punktuell mit an den Tisch geholt oder ist die Beteiligung an Planungsprozessen institutionell, z. B. in einem Konzept, verankert?

SABRINA KOCH, JUGEND- UND TIERSCHUTZPOLITISCHE SPRECHERIN

MARIE RECHTHALER, SPRECHERIN FÜR BILDUNG, KINDERBETREUUNG UND FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Die höchste Stufe der Beteiligung jedoch ist die Selbstbestimmung. Diese wird ermöglicht, wenn Jugendliche in einem kleineren Wirkungsbereich selbst – etwa soziokratisch oder basisdemokratisch – entscheiden dürfen, wofür Gelder ausgegeben werden oder was mit einer Grünfläche passiert.

Was viele nicht wissen: Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist nicht dem freien Ermessen der Kommunen unterstellt, sondern ein gesetzlicher Auftrag. So steht im SGB VIII § 8 „Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen

ERGEBNISSE DER ERSTEN BÜRGERWERKSTATT HAUNSTETTEN SÜDWEST IM JULI 2018

der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen." Auch in Augsburg gab und gibt es einige Jugendbeteiligungsformate. Diese werden von städtischen Einrichtungen oder freien Trägern der Jugendhilfe durchgeführt, wie z. B. vom Stadtjugendring. Was jedoch bisher fehlt und wofür wir GRÜNEN uns seit langem einsetzen, ist ein städtisches Gesamtkonzept der Jugendbeteiligung, in dem Beteiligungsformate systematisch verankert und mit ausreichend finanziellen und personellen Mitteln ausgestattet sind. Das soll sich Anfang 2022 endlich ändern. Mit einem solchen Konzept bekommen Jugendliche eine niederschwellige Möglichkeit, sich an konkreten Projekten analog oder digital zu beteiligen. Gleichzeitig können geplante Maßnahmen und Mitwirkungsmöglichkeiten gezielt an die Betroffenen kommuniziert werden. Da sich die Sozialregionen Augsburgs in ihrer Bevölkerungsstruktur, Angebotsstruktur etc. unterscheiden, wird sich die konkrete Ausgestaltung des Rahmenkonzepts an den jeweiligen Bedürfnissen orientieren müssen. Derzeit befindet sich die konkrete Umsetzung des städtischen Partizipationskonzepts noch in der Abstimmung mit freien Trägern, Jugendlichen und Politik.

Schon jetzt zeigen vielfältige vergangene und gegenwärtig laufende Projekte in Augsburg, wie erfolgreiche Kinder- und Jugendbeteiligung aussehen kann. So werden aktuell im Bärenkeller Jugendliche miteinbezogen, um herauszufinden, wo ein guter Standort für einen Unterstand wäre und wie dieser aussehen könnte. Außerdem gibt es im Hochfeld einen Partizipationsprozess, der sich mit der Umgestaltung des Parks und darin befindlichen Juzes zwischen Von-Richthofen- und Von-Parseval-Straße befasst. Hier wird in alle Richtungen gedacht, indem orientiert an den Bedürfnissen der Jugendlichen Raum für Sport, Kunst, Kultur und Urban Gardening gleichermaßen geschaffen wird. Aber auch die Prävention von strafbarem Verhalten und gemeinschaftsfördernde Aspekte, wie z. B. ein ehrenamtliches Nachbarschaftscafé, sollen den Park für alle Generationen attraktiver machen.

Das neue Jugendpartizipationskonzept: Beteiligung ist keine Kür, sondern Pflicht

Ein gutes Beispiel für gelingende Jugendbeteiligung ist der Beteiligungsprozess rund um das neu entstehende Stadtquartier Haunstetten Südwest. Dazu wurden während der Beteiligungswoche im Juli 2019 auch Jugendworkshops zum Entwicklungspotenzial des Stadtviertels abgehalten. Die Beteiligten diskutierten, welche Vorteile die verschiedenen Entwürfe für das neue Haunstetten Südwest aus Perspektive junger Leute bieten. Außerdem wurden zwei von ihnen als Berater*innen in einem Preisgericht ausgewählt. Sie erhalten damit unmittelbaren Einfluss auf die Entscheidung über die verschiedenen Konzepte.

Diese Beispiele zeigen Chancen auf, die umfassende Beteiligung und Mitbestimmung junger Menschen passiert für uns GRÜNE aber noch viel zu selten. Wir setzen uns seit über zehn Jahren für mehr Jugendbeteiligung ein und freuen uns deshalb besonders, dass nun ein Partizipationskonzept zur Beschlussfassung im Stadtrat vorliegt. Dann kann es endlich losgehen mit dessen Umsetzung, damit wir Beteiligungsformate ausweiten und sie zur Pflicht werden lassen können, statt wie bisher nur politische Kür zu sein. Um dieses Partizipationskonzept mit Leben zu füllen, haben wir eine Menge Ideen: Zum Beispiel sollten Kinder und Jugendliche künftig mitbestimmen können, welche Medien die Stadtbücherei für die Jugendbücherei neu anschafft. Auch im schulischen Bereich sollen partizipative Elemente genutzt werden, z. B. bei der Gestaltung von Pausenhöfen, neuen Mensen oder Turnhallen. Selbst im Kitabereich ist eine breite Beteiligung von Eltern, Kindern und Geschwistern möglich, wenn es um die Planung neuer Angebote, pädagogischer Konzepte oder Kooperationen geht. Wer Beteiligung früh erfährt und positiv bewertet, engagiert sich auch im späteren Leben mit einer höheren Wahrscheinlichkeit.

CLAUDIA ROTH: JUGENDLICHE SOLLTEN ÜBER IHRE ZUKUNFT MITENTSCHEIDEN

Die Wahl haben – ab 16!

Wir GRÜNEN wollen das Wahlalter für Bundestagswahlen und die Wahlen zum Europaparlament auf 16 Jahre absenken. Dafür gibt es gute Gründe.

Demokratie lebt von der Gestaltung, der Einmischung und dem politischen Engagement aller Bürger*innen. Dazu gehören auch die Jugendlichen, denn sie tragen mit Kreativität, Flexibilität und Mut wesentlich zum gesellschaftlichen Wandel bei. Junge Menschen sind interessiert und wollen ihre Zukunft mitgestalten. Viele Jugendliche sind hochmotiviert, engagieren sich und wollen bei politischen Entscheidungen, die ihre eigene Zukunft oft am stärksten betreffen, eingebunden werden.

In einer immer älter werdenden Gesellschaft sollen junge Menschen ihre Zukunft mitgestalten, denn auch sie haben ein Recht darauf, dass ihre Meinungen, Wünsche und Vorstellungen bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Jugendbeteiligung soll deshalb an allen Orten des Aufwachsens möglich sein, auch an der Wahlurne. In elf Bundesländern gibt es bereits die Möglichkeit, mit 16 Jahren die Stimme bei Kommunalwahlen abzugeben und in vier Bundesländern dürfen junge Menschen ab 16 Jahren an Landtagswahlen teilnehmen. Die Erfahrungen hier sind durchweg positiv. Das ist ein starkes Signal an die Bundesebene und natürlich auch an den Freistaat Bayern, hier ebenfalls ein Wahlalter 16 einzuführen.

Für die Inhalte dieser Seite ist Claudia Roth, MdB, verantwortlich.

PARTIZIPATION AUF AUGENHÖHE – MIT SOZIOKRATIE

Struktur schafft Verhalten

Soziokratie ist Haltung und Methode und ein bewährtes Mittel, um allen Beteiligten gerecht zu werden und vielfältige Interessen unter einen Hut zu bekommen. Die Erfahrung zeigt: Für Beteiligungsprozesse hat Soziokratie einen unschätzbaren Mehrwert! Wir GRÜNEN wollen dieses Potenzial für den Ausbau der Bürger*innenbeteiligung nutzen!

Soziokratie fördert Kommunikation auf Augenhöhe und das Prinzip der Gleichwertigkeit. Sie holt die Menschen ab in ihrem Grundbedürfnis nach Autonomie, Freiheit, Mitbestimmung und intentionalem, sinnstiftendem Handeln. Auf dieser Basis können Gemeinschaftsgefühl, Vertrauen und ein kooperatives Miteinander auf allen Ebenen wachsen – angefangen bei den kleinsten demokratischen Zellen, den Familien und Nachbarschaften über Vereine, Organisationen und Verbände bis hin zu politischen Gremien. Soziokratie schafft übrigens Hierarchien nicht per se ab, jedoch werden alle gehört und an der Verantwortung beteiligt. Darin liegt ihre große Stärke. Auch für die Gestaltung von Bürger*innenbeteiligung ist der Mehrwert enorm – schließlich sollen hier im Idealfall sehr unterschiedliche Bedürfnisse auf einen Nenner gebracht werden, um langfristig tragfähige, kreative Lösungen zu finden, mit denen alle Beteiligten gut leben können.

Soziokratie – Was ist das eigentlich?

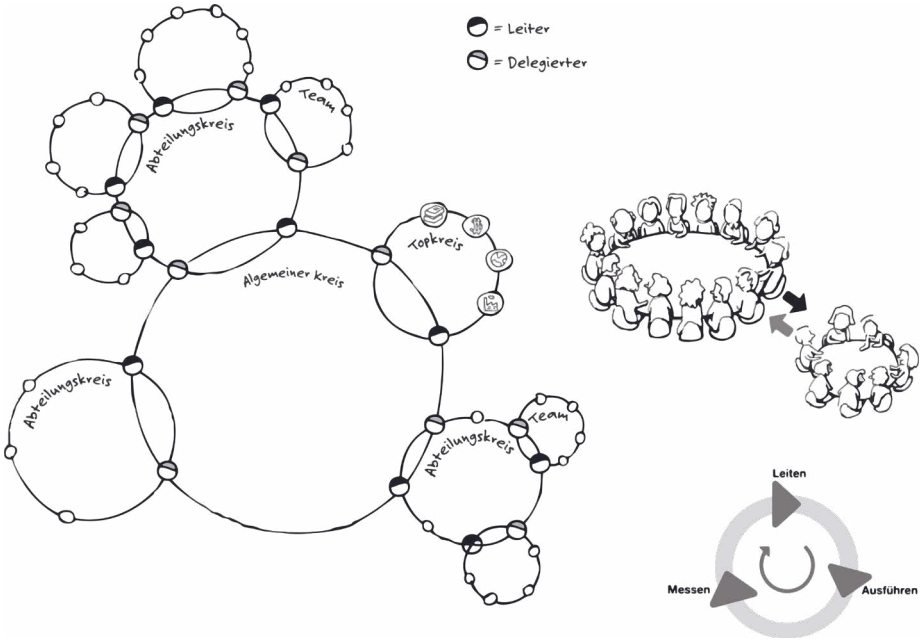
Soziokratie ist eine Methode und zugleich eine Haltung. Der dynamische Prozess basiert auf vier Grundprinzipien:
Konsentprinzip: Ein Beschluss ist erst gefasst, wenn kein Kreismitglied einen schwerwiegenden Einwand im Hinblick auf das gemeinsame Ziel hat. Dabei müssen nicht zwangsläufig alle Beteiligten explizit dafür sein, wie es beim Konsens der Fall wäre.

DR. PIA HAERTINGER, STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDE UND SPRECHERIN FÜR BÜRGER*INNENBETEILIGUNG, INKLUSION, WOHNEN, RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN UND WELTERBE

Kreisorganisationsprinzip: Kreise treffen innerhalb definierter Grenzen autonom ihre Grundsatzentscheidungen. Die Kreismitglieder sind alle gleichberechtigt an der Entscheidungsfindung beteiligt.
Doppelte Verknüpfung: Alle über- und untergeordneten Kreise einer Organisation sind durch Leitung und Delegierte miteinander verbunden. Die Kommunikation funktioniert grundsätzlich in beide Richtungen – „Top-down" ebenso wie „Bottom-up".
Offene Wahlen: Die Rollen werden nach offener Argumentation im Konsent gewählt.

Der soziokratische Prozess

Die Arbeitsweise in den Kreistreffen folgt einer bewährten Struktur: In einer Ankommensrunde stimmt man sich auf das gemeinsame Ziel der Sitzung ein. Nach Klärung organisatorischer Fragen und Abstimmung der Agenda folgt eine *Bildformung* auf Basis von Berichten, Vorschlägen oder Grundsatzentscheidungen zu wichtigen Themen. Wenn alle wesentlichen Fragen geklärt sind, beginnt die erste *Meinungsrunde*, bei der Kreismitglieder nacheinander zu Wort kommen. In der zweiten Meinungsrunde besteht die Möglichkeit, weitere Aspekte anzusprechen oder seine Meinung nach Abwägung aller gehörten Argumente ggf. auch zu ändern. Die zweite Runde bewirkt, dass Menschen aufeinander eingehen können und gemeinsam starke Entscheidungen treffen. Beim zum Konsent geäußerten Beschlussvorschlag



EFFEKTIVE ZUSAMMENARBEIT AUF AUGENHÖHE DURCH BILDFORMUNG, MEINUNGSBILDUNG UND ENTSCHEIDUNGSFINDUNG MIT DER SOZIOKRATISCHEN KREISORGANISATIONSMETHODE

geht es nicht darum, eine für ALLE BESTE Lösung zu finden, sondern eine Lösung, bei der möglichst alle mitgehen können. Schwerwiegende Einwände werden integriert, bis der Vorschlag gut genug ist, um an den Start zu gehen und Risiken im Hinblick auf das Erreichen des gemeinsamen Zieles vertretbar sind. Bei der *Abschlussrunde* wird gemessen, was in der Sitzung (Vorbereitung, Ablauf, Zielerreichung, Moderation) gut lief und wo nachgebessert werden muss. Dieses Messsystem gehört zum Basis-Instrumentarium der Soziokratie. Jeder Beschluss hat ein „Ablaufdatum", an dem überprüft wird, ob die Eckpunkte noch passen oder ob es einer Nachsteuerung bedarf. Statt in oft endlosen, anstrengenden Diskussionen im Rahmen herkömmlicher Entscheidungsfindungsprozesse einigt man sich in einem soziokratisch moderierten Prozess relativ schnell auf einen gangbaren Weg im Wissen um eine konstruktive und offene Fehlerkultur, zu der regelmäßige Feedbackschleifen und notwendige Korrekturen dazugehören.

Soziokratische Elemente in Politik und Verwaltung zur Unterstützung kreativer Lösungen

In Augsburg wurde die Soziokratie 2015 über die Lokale Agenda 21 eingeführt. Seitdem belegen mehr und mehr Agendamitglieder und städtische Angestellte an der Stadtakademie Module der soziokratischen Gesprächsführung. Soziokratische Elemente finden Anwendung bei den monatlichen Agendasitzungen und im Nachhaltigkeitsbeirat und führen bei Runden Tischen der Stadtverwaltung zu überraschenden Konsentlösungen. So war etwa im Anschluss an den „Runden Tisch Jobcenter" die seit Jahren diskutierte Jobcenterzulage wider Erwarten doch möglich.

Lösungen finden, bei denen alle mitgehen können

Vernetzte Nachbarschaften als Inseln eines inklusiven Miteinanders

Unter Federführung der Agendaforen „Soziokratie Zentrum Augsburg" und „Lebensraum Schwabencenter" beteiligt sich die Stadt Augsburg als Vertragspartnerin an dem EU-Projekt SONEC (Sociocratic Neighborhood Circles). Bis Ende 2022 werden die Projektpartner*innen aus sieben europäischen Ländern ein Handbuch für Kommunen vorlegen. Es soll anhand von Best-Practice-Beispielen soziokratischer Nachbarschaftskreise aufzeigen, wie Nachbarschaftsstrukturen und -aktionen dabei helfen können, die UN-Nachhaltigkeitsziele mit möglichst allen Menschen im Stadtteil gemeinsam anzugehen. Ein solches Pilotprojekt ist in Augsburg in enger Kooperation mit dem Quartiersmanagement Jakobervorstadt Nord unter dem Titel „Lebendige Nachbarschaft Am Bogen" bereits am Start und wird u. a. vom Bundesprogramm „Demokratie Leben!" unterstützt. Dieser erste soziokratische Nachbarschaftskreis in Augsburg hat bereits tolle Erfolge erzielt: Für die Gestaltung des öffentlichen Spielplatzes wurden Ideen der Nachbarschaft miteinbezogen. Nachbar*innen rund um diese Grünanlage engagieren sich bei Gemeinschaftsaktionen im Umfeld wie z. B. beim Müllsammeln oder dem Bau eines Komposters. Dieser wurde gewünscht, da einige Haushalte „Am Bogen" keine Bio-Tonne haben.

Inspiriert von diesen positiven Erfahrungen wollen wir GRÜNEN uns dafür einsetzen, dass Soziokratie im Bereich Bürger*innenbeteiligung künftig einen festen Platz hat. Anlässe gibt es genug; mit geeigneten Mitteln verwandeln wir sie in Chancen – für inklusive Prozesse, die kreative, gerechte und zukunftsfähige Lösungen für Augsburg zutage fördern!

INKLUSIVE BÜRGER*INNENBETEILIGUNG

Migrantische Perspektiven stärken!

Bürgerschaftliches Engagement braucht Vielfalt, es muss inklusiv sein und die Interessen aller Menschen berücksichtigen. Dafür müssen Hürden abgebaut werden und Menschen miteinander ins Gespräch kommen. In diesem Beitrag benennen wir exemplarisch wichtige Schritte, die wir bereits gegangen sind, und präsentieren grüne Denkanstöße, Ideen und Pläne für eine Stärkung migrantischer Perspektiven in Beteiligungsprozessen.

Menschen mit Migrationshintergrund engagieren sich seltener ehrenamtlich als Menschen ohne Migrationsgeschichte, so der Befund des Freiwilligensurvey der Bundesregierung aus 2016 (31,5 Prozent zu 46,8 Prozent). Sie haben auch seltener Leitungs- oder Vorstandsfunktionen inne. Interessant ist aber: Menschen mit Migrationshintergrund sind stärker als Menschen ohne eigenen Migrationshintergrund dazu bereit, sich zu engagieren. Das ungenutzte Potenzial ist daher groß und wirft die Frage auf: Warum beteiligen sie sich seltener und wie können sie für bürgerschaftliches Engagement und Beteiligung vor Ort gewonnen werden?

Erklärungsansätze

Warum sind migrantische Perspektiven in vielen Beteiligungsprozessen unterrepräsentiert? Die Ursachen sind komplex und ebenso divers wie die Gruppe der Migrant*innen selbst. So können z. B. Sprachbarrieren Hemmnisse und nur schwer überwindbare Hürden darstellen. Auch die Erfahrung von Alltagsrassismus und Diskriminierung kann zur Folge haben, dass Menschen mit Migrationshintergrund weniger bereit sind, sich durch ehrenamtliches Engagement zu exponieren. Geflüchteten fehlt zudem oft eine Bleibeperspektive.

DR. STEFAN WAGNER, SPRECHER FÜR ORDNUNGS-, ENERGIE-, WALDPOLITIK UND VERBRAUCHERSCHUTZ

SERDAR AKIN, SPRECHER FÜR INTEGRATION UND INTERKULTUR, SPORT, HOCHSCHULE UND EINE-WELT

Jenseits unmittelbarer Existenzsicherung sind die Voraussetzungen für Beteiligung im Hinblick auf Motivation und Kapazitäten dann denkbar ungünstig.

Teilhabe durch Freiwilligenarbeit

Die Freiwilligenarbeit in Augsburg wurde seit Beginn der 2000er Jahre maßgeblich durch das Bündnis für Augsburg koordiniert. Aufgrund des Stadtratsbeschlusses vom 20. Mai 2021 soll die Freiwilligenarbeit nun neu konzipiert werden. Bündnis für Augsburg und weitere Angebote werden in einen „Runden Tisch Bürgerschaftliches Engagement“ überführt – auch mit dem Ziel Beteiligungs- und Freiwilligenprojekte besser zu fördern und zu vernetzen. Dies ist ein Ansatzpunkt, um migrantische Beteiligung zu erhöhen, etwa durch Einbezug des ZAM (Zusammenschluss Augsburger Migranten(selbst)organisationen).

Augsburg als Modellkommune des Projekts „Be Part“

Augsburg ist zudem eine von zehn Modellkommunen des von der Bundesregierung geförderten Projekts „Be Part – Teilhabe beginnt vor Ort“, mit dem Methoden zur Förderung der Teilhabe von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte konzipiert und erprobt werden. Um das Interesse an Teilhabe zu wecken und eine

„DIWA – DAS INKLUSIVE WIR IN AUGSBURG" SETZT SICH ALS AUGSBURGER EU-PROJEKT FÜR EIN WERTSCHÄTZENDES, DIVERSITÄTSSENSIBLES MITEINANDER EIN. DIE PROJEKTPARTNER, DIE KONKRETEN ZIELE UND TEILPROJEKTE SIND IM FLYER DER STADT ERKLÄRT.

dauerhafte Beteiligung an gesellschaftlich relevanten Gremien zu ermöglichen, werden Migrant*innenorganisationen, Bildungsträger und Gremien in den Modellkommunen für vielseitige Aktivitäten eingebunden. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, dass communityübergreifende Netzwerke wichtige Anker für langfristig erfolgreiches Engagement sind. Durch kommunale Vernetzungsworkshops und Bildungsangebote sollen die Projektteilnehmenden darin unterstützt werden, ihr Engagement zu verstetigen. In Augsburg leisten hierfür u. a. die alevitische Gemeinde mit dem Projekt „Vielfalt leben: Diversitätsorientierte Kompetenzentwicklung" und der Integrationsbeirat mit dem Format „Hilfe, ich bin im Vorstand! Unterstützungsarbeit für ehrenamtliche Vorstandsarbeit" wertvolle Beiträge.

Ausblick und Vision

Augsburg als Stadt, in der fast die Hälfte der Bevölkerung eine Migrationsgeschichte aufweist, ist aufgefordert, Beteiligungsstrukturen auf eine stärkere migrantische Beteiligung hin auszurichten. Der aktuell angestoßene Prozess muss als Chance verstanden werden. Wir benötigen eine Strategie, durch die Migranten(selbst)organisationen stärker in städtische Prozesse inkludiert und zu Akteuren der städtischen Bürger*innenbeteiligung aufgebaut werden. Vereine sollen perspektivisch in ihren Stadtquartieren zu Orten der Begegnung aller werden! Hier stellt sich jedoch schnell auch die Frage nach den praktischen Möglichkeiten solcher Vereine, funktionieren sie doch häufig ausschließlich ehrenamtlich und mit bescheidenen finanziellen Mitteln. Mit einer städtischen infrastrukturellen Förderung könnte die Basis für eine gute Beteiligung geschaffen werden.

Strukturen auf migrantische Beteiligung ausrichten

Bereits etablierte städtische Strukturen hingegen sollten durch Organisationsentwicklung eigene Schritte der interkulturellen Öffnung gehen, um in der Stadtgesellschaft vorhandene Potenziale für sich zu gewinnen. Zwei Beispiele: VHS Augsburg und Tür an Tür arbeiten derzeit genau zu dieser Thematik. Das von Martina Wild geleitete Bildungs- und Migrationsreferat hat das von der EU geförderte Modellprojekt „Das inklusive WIR in Augsburg (DIWA)" auf den Weg gebracht. Hier versucht die VHS, ehemalige Integrationskursteilnehmende als neue Dozent*innen zu gewinnen, während Tür an Tür türkisch- und russischsprachige Augsburger*innen zu Stadtführer*innen ausbildet, die diese Führungen dann in ihren Communities anbieten und dabei auch Verbindungen zur Geschichte der Herkunftsländer schaffen. Diese bemerkenswerten Ansätze tragen auch dazu bei, dem defizitorientierten Blick auf das Thema Migration ein Ende zu machen und in der Vielfalt nach Chancen für die eigene Arbeit Ausschau zu halten. Daran, die dafür benötigten konstruktiven Rahmenbedingungen zu schaffen, arbeiten wir als GRÜNE Fraktion im Augsburger Stadtrat mit Nachdruck.

GEMEINSAM DIE MOBILITÄTSWENDE GESTALTEN

Mobil machen

Mobilitätspolitik zeichnet sich durch einige Besonderheiten aus. Daher gelten dort auch spezifische Erfolgsbedingungen für die Beteiligung von Bürger*innen.

Über die Erfolgsbedingungen für gelingende Bürger*innenbeteiligung im Mobilitätsbereich sprechen Claudia Resenberger, Geografin und Fraktionsreferentin für Baupolitik, und Dr. Deniz Anan.

CLAUDIA RESENBERGER (CR) **Bürger*innenbeteiligung und Mobilität – warum ist das keine leichte Aufgabe?**

DR. DENIZ ANAN (DA) Auch der Mobilitätsbereich kann natürlich enorm von Input aus der Bürgerschaft profitieren. Allerdings muss man mehrere Faktoren im Blick haben: Erstens ist die Aufteilung des Straßenraums auf die verschiedenen Verkehrsarten von Haus aus keine einfache Aufgabe – zumal wenn der Platz so begrenzt ist wie in unserer 2000 Jahre alten Stadt. Wenn dann die Bürgerinnen und Bürger mitreden, wird es noch komplizierter. Zweitens kann man im Verkehrsbereich nicht jede*n zufriedenstellen. Autofahrer*innen, Fahrradfahrer*innen, Fußgänger*innen, Benutzer*innen von Bus und Bahn, Kinder, Erwachsene, Ältere, Auswärtige, Wohnbevölkerung – alle Interessen bekommt man einfach nicht unter einen Hut, irgendwo müssen immer Abstriche gemacht werden. Diejenigen, die sich dann umstellen müssen – weil sie z. B. keinen Parkplatz vor dem Haus mehr bekommen – finden das verständlicherweise erstmal nicht so toll. Drittens muss die Stadtpolitik den Spielraum beachten, den Bundes- und Landesrecht – und die Haushaltslage – ihr lassen. Viele Wünsche sind gar nicht realisierbar. Und schließlich muss man ALLE Interessen in Erfahrung bringen und berücksichtigen, auch die von denen, die erst einmal nicht ihre Stimme erheben.

DR. DENIZ ANAN, STELLV. FRAKTIONSVOSITZENDER UND SPRECHER FÜR MOBILITÄT UND RADVERKEHR, EUROPA UND INTERNATIONALES

CR **Sollte man es dann lieber gleich bleiben lassen und der Einfachheit halber die Bürgerschaft vor vollendete Tatsachen stellen?**

DA Nein, so leicht wollen wir GRÜNEN es uns natürlich nicht machen! Gerade in Augsburg haben wir ja auch schon einige Erfahrung mit unterschiedlichen Beteiligungsformaten gemacht. Ich erinnere an das Forum Innenstadt, die Planungswerkstatt Textilviertel oder den Bürgerworkshop „Go West!“. Wichtig ist, Beteiligung systematisch und mit Bedacht anzugehen.

CR **Was heißt das konkret?**

DA Erst einmal muss man die Menschen früh darauf aufmerksam machen, dass an einer Stelle Änderungen geplant sind, um niemanden zu überrumpeln oder zu vergessen. Denn wenn Bürger*innen erst dann ins Spiel kommen, wenn Projekte schon recht weit fortgeschritten sind, ist es schwieriger, weitreichende Änderungsvorschläge aufzugreifen. Gar nicht so leicht in Zeiten, in denen sich längst nicht mehr alle mit der Tagespresse über das Geschehen vor Ort informieren.

CR **Wie kann man dann vorgehen?**

DA Unsere Fraktion und auch die Stadt selbst bedienen inzwischen mit viel Aufwand unterschiedlichste Kanäle der sozialen Medien.

Eine gute Idee wäre zudem eine „Vorhabenliste", welche alle angedachten Maßnahmen in der Stadt auflistet. Und natürlich ist das Verbände- und Vereinsumfeld vor Ort einzubinden. Doch auch die Bürger*innen selbst sind gefordert: Wer zum Beispiel Mitglied in einer Bürgerinitiative ist, bekommt mehr mit und kann auch mehr mitgestalten.

CR Ein Perfektionsideal ist im Mobilitätsbereich also falsch. Wie geht man besser vor?

DA Man probiert etwas aus und schaut dann, wie es bei den Menschen ankommt. Gegebenenfalls steuert man nach oder man versucht unterschiedliche Dinge. Auch hier sind Beteiligungsformate wichtig. Bei baulich sehr weitreichenden Vorhaben geht das natürlich nicht. Aber Radwege, wie in der Herman- und der Frölichstraße, kann man durchaus erstmal erproben, bevor man sie dauerhaft einrichtet. Auch bei der autofreien Maximilianstraße will unsere schwarz-grüne Koalition so vorangehen.

CR Welche Rolle spielen technische Mittel?

DA Aus meiner Sicht eine sehr große. So kann man geplante neue Schienen vorab farbig markieren. Das hat man vor vielen Jahren einmal am Königsplatz gemacht. Die Digitalisierung erlaubt es, detaillierte Pläne vorab im Internet einzusehen. Dann muss zum Beispiel niemand mehr zum Amt, um Unterlagen einzusehen. Perspektivisch kann ich mir sogar noch mehr vorstellen, zum Beispiel dreidimensionale digitale Modelle.

CR Es bleibt das Problem, eine Breite in der Beteiligung sicherzustellen …

DA Ganz genau! Wenn Parkplätze wegfallen sollen oder eine neue Straßenbahnlinie geplant ist, ist es so: Der Einzelhandel ist sofort alarmiert und auch Vereine, Initiativen und die Ortsverbände der Parteien melden sich schnell zu Wort. In dem Gebiet leben aber auch Alleinerziehende, Arbeitnehmer*innen aus dem EU-Ausland oder Geflüchtete. Die gehen häufig zu keiner Bürgerversammlung und schreiben auch keinen Leserbrief. Doch auch sie sind betroffen und sehr oft würden sie von breiteren Fußwegen, mehr Spielflächen oder einer besseren Straßenbahnanbindung persönlich profitieren.

Fuß- und Radverkehr, Bus und Bahn als Normalität, das Auto als Ausnahme

CR Wie kann man diese Menschen einbinden?

DA Das ist gar nicht so einfach. Online-Beteiligung kann eine Antwort sein oder auch die Konsultation von Bürger*innen nach dem Losverfahren. Eine gute Idee ist zudem die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure – also zum Beispiel von Tür an Tür oder dem Kinderschutzbund, im Sinne von „Advocacy". Daher ist es großartig, dass wir in Augsburg seit zwei Jahren einen Mobilitätsbeirat haben, in dem auch die vertreten sind, die sich für nachhaltige Mobilität engagieren.

CR Aber neben den Instrumenten ist doch auch das grundlegende Ziel der Verkehrspolitik umstritten, oder?

DA Ja. Grob gesagt gibt es zwei Perspektiven. Für die einen ist Autoverkehr der Normalfall und alles andere eine Nische, etwa für Kinder, Jugendliche oder Senior*innen. Für die anderen stellen Fußverkehr, Fahrrad, Bus und Bahn die Normalität dar und Auto fahren die, die es unbedingt müssen. Je mehr Menschen die zweite Perspektive einnehmen – was wir GRÜNEN uns alleine schon mit Blick auf das Klima natürlich sehr wünschen – umso einfacher wird es, im Rahmen von Beteiligungsformaten die Menschen für die dringend notwendige Mobilitätswende zu begeistern.

Auf ein Wort: Bürger*innen zur Beteiligung in Augsburg

"Zugehörig fühlt sich, wer sich beteiligen kann. Es beteiligt sich, wer sich zugehörig fühlt."

Tülay Ateş-Brunner, Geschäftsführerin der Tür an Tür Integrationsprojekte gGmbH

„Bei der Umsetzung der Barrierefreiheit in Augsburg stellen wir uns schon vor, dass man nicht nur den Rollstuhlfahrer sieht, sondern auch Menschen, die geistig behindert sind. Zum Beispiel auch Menschen, die schwerhörend oder gehörlos sind oder blinde oder sehbehinderte Menschen. Uns ist eben auch wichtig, dass man jetzt an die Dinge rangeht eben wie diese Gruppe von Menschen, die man vielleicht leider sonst ein bisschen vergisst."

Claudia Nickl, Mitglied im Behindertenbeirat

„Politisch werden die Felder Migration und Integration v. a. vom Bund gesteuert und beschlossen. Doch die Integration findet vor Ort in der Kommune statt. Deshalb braucht die Stadt Augsburg weiterhin einen aktiven, sich (politisch) einmischenden und beratenden Beirat, der durch eine gut ausgestattete Geschäftsstelle flankiert wird, damit die Integration unterschiedlicher Kulturen vor Ort nachhaltig gelingen kann."

Didem Laçin Karabulut, Vorsitzende des Integrationsbeirats Augsburg

Habt ihr
Ideen zu Beteiligungs-
formaten oder Anlässe, zu denen ein
Prozess gestartet werden sollte?
Dann schickt eure Fragen und Anregungen an
stadtratsfraktion@gruene-augsburg.de
Wir sammeln euren Input für unsere
Veranstaltung #grünbewegt am 19. 03. 2022
mehr Infos auf
→ gruene-fraktion-augsburg.de

„Meiner Meinung nach wäre es wichtig, unsere Innenstadt autofrei zu gestalten. Dafür könnten die Fahrradwege ausgebaut werden und Dinge wie öffentliche Verkehrsmittel würden für mehr Bürger*innen eine größere Rolle spielen. Das fände ich persönlich wichtig."

Frieda Rothe, Schülerin

„Ich habe zwar noch nie an einem Beteiligungsprozess der Stadt teilgenommen, bin aber bei Kanal C ehrenamtlich aktiv. Diese Aufgabe hat einen enormen Mehrwert für mich als Person, ich wachse an meinen Aufgaben und lerne unglaublich viel über mich, aber auch darüber, dass Engagement sich wirklich auszahlt. Es macht einfach unheimlich Spaß, zu sehen, was man bewegen kann, wenn man sich einbringt, und die Freude der Menschen, denen es zugute kommt."

Lukas Ullbrich, Chef vom Dienst bei „Kanal C – Augsburgs junges Radio" von März 2019 bis Dezember 2021

QUARTIERSMANAGEMENT ALS SCHNITTSTELLE ZUR STADTTEILBEVÖLKERUNG

Lebendige Quartiere durch aktive Bürger*innen

Das Erfolgsmodell für echte, strukturelle Verbesserungen in den Stadtteilen und für kreative Projekte der „Sozialen Stadt": Quartiersmanagement. Es kann entscheidend dazu beitragen, Bürger*innen einzubinden und sie in ihrem Engagement für eine ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige, klimaresiliente Stadt zu unterstützen. Für eine Stadtteilentwicklung aus der Mitte der Quartiere!

Für viele Lebensbereiche ist die Situation in unseren Wohnquartieren von entscheidender Bedeutung. Dementsprechend ist die Bereitschaft der Bürger*innen hoch, sich gemeinsam für gute Bildungs- und Kinderbetreuungsangebote, Kultur- und Sportmöglichkeiten, insgesamt für ein attraktives Wohnumfeld zu engagieren. Bürger*innen leisten wertvolle Arbeit in Vereinen, Kirchen und Sozialverbänden in den Stadtteilen. Sie entwickeln so kreative, innovative Lösungen. Dabei entstehen unverwechselbare Orte mit besonderer Lebensqualität. Um dieses Engagement zu unterstützen und zu fördern, braucht es niedrige Einstiegsschwellen, eine gute Organisation und Ressourcen. Dafür setzen wir GRÜNEN uns ein!

Rechts der Wertach

Der Architekt Jan Weber-Ebnet, Co-Gründer von „bauwärts", einem interdisziplinären Netzwerk für Teilhabe und Mitgestaltung, betreibt mit der Soziologin Heike Skok im Auftrag des Stadtplanungsamts und gefördert im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt" das Quartiersmanagement für den Stadtteil „Rechts der Wertach".
Mit dem von „bauwärts" begleiteten Prozess der Quartiersentwicklung Oberhausen und „Rechts der Wertach" wurde die Stadt Augsburg als Landessiegerin in der Kategorie „Gesellschaftliche Treffpunkte und soziale Integration" ausgezeichnet. Wir trafen Jan Weber-Ebnet zum Gespräch:

CHRISTINE KAMM, SPRECHERIN FÜR BAUEN

MELITTA HIPPKE, SPRECHERIN FÜR SOZIALES, SENIOR*INNEN UND STIFTUNGEN

CHRISTINE KAMM (CK) **Quartiere werden lebendig, wenn ihre Bewohner*innen sich beteiligen und engagieren. Wie viele Menschen erreichen Sie mit ihrem Quartiersmanagement?**

JAN WEBER-EBNET (JWE) Wir erreichen nicht alle Bewohner*innen des Quartiers, aber sehr viele höchst unterschiedliche Gruppen: Sehr wirksam sind Projekte im Freiraum mit Kultur und Bewirtung. Gut besucht sind aber auch regelmäßige gemeinsame Koch-Angebote, Vorträge, Workshops und Kulturangebote in unserem Quartiersbüro. Als sehr wichtig empfinden wir die Arbeit mit Schulen, um auch junge Menschen und Familien einzubinden.

MELITTA HIPPKE (MH) **Was sind aus Ihrer Sicht Beispiele für besonders gelungene Mitmachprojekte?**

JWE: Mit unseren Urban-Gardening-Projekten, zum Beispiel an der Dieselbrücke, geben wir benachteiligten Menschen einen selbstorganisierten Ort. Sie begrünen Brachen und schaffen schöne gemeinschaftliche Freiräume. Das Schulcafé an der Löweneckschule

MELITTA HIPPKE, JAN WEBER-EBNET UND CHRISTINE KAMM (V.L.) VOR DEM „PROJEKTRAUM" IM STADTTEIL RECHTS DER WERTACH

als Ort der Integration im Quartier entstand mit viel Elternengagement, musste aber leider im Zuge der Generalsanierung geschlossen werden. Einen großen Unterschied machen auch neue Nutzungen an bisher eher tristen Orten, wie am Helmut-Haller-Platz die „Kleine Friedenstafel" oder Sport- und Kulturflächen, die wir dort etabliert haben. Ich denke, wir haben dem Stadtteil damit das Gefühl des Abgehängt-Seins zu einem guten Stück nehmen können. Schön ist es, den Beteiligten das Gefühl zu geben, dass sie Verantwortung übernehmen und wirklich etwas bewirken können. Mit unseren Klimawandelanpassungsworkshops konnten wir vielen Leuten das Rüstzeug geben, um für ihren Stadtteil und dessen Anpassung an die Herausforderungen des Klimawandels selber aktiv zu werden.

MH Was sind denn die besonderen Stärken dieses Quartiers und wo ist noch dringender Verbesserungsbedarf?

JWE Unser Eindruck ist, dass die Menschen in ihrem Stadtteil zufrieden sind. Man kann beobachten, dass dies ein typisches Durchgangsquartier für Aufstiegsorientierte ist. Die Menschen ziehen vor allem wegen der Wohnqualität hierher. Ein Problem ist aber auch in diesem Stadtteil der Leerstand: Oft stehen Läden leer, weil die Besitzer die entgangenen Mieten als Verlust abschreiben können und die ohnehin stattfindende Wertsteigerung der Immobilien Gewinn ermöglicht.

CK Das Thema Leerstand beschäftigt uns GRÜNE auch. Gerade in Städten scheitern zu viele gute Initiativen an der Raumnot. Es ist ein Unding, wenn vorhandene Räume vorenthalten und dadurch auch die Mieten verfügbarer Räume in die Höhe getrieben werden! Eine toller Ansatz ist da euer „Zwischen-RaumManagement"! Im Auftrag der Stadt vermittelt ihr zwischen Eigentümer*innen und engagierten Bürger*innen, um Zwischennutzungen zu ermöglichen. Ohne Zwang, aber mit viel Effekt! Auch diese Initiative zeigt die große Strahlkraft eines aktiven Quartiersmanagements! Danke für das interessante Gespräch und viel Erfolg für alle laufenden und künftigen Projekte!

Stark vor Ort in Augsburg

Das Quartiersmanagement „Rechts der Wertach" belegt das enorme Potenzial guter Unterstützungsstrukturen in den Stadtteilen. In Augsburg gibt es noch weitere Beispiele für gelungenes Quartiersmanagement. Auch in der nördlichen Jakobervorstadt, die ebenfalls vom Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt" profitiert, tut sich einiges! Dort arbeitet Quartiersmanagerin Susanne Flynn gemeinsam mit engagierten Stadtteilbewohner*innen daran, die Lebensqualität im Viertel zu verbessern und die vielfältige Nutzung und gemeinschaftliche Gestaltung des öffentlichen Raumes zu fördern, um Stadtteilkultur und Identität zu stärken. In Kriegshaber setzt die ARGE unter der Leitung von Birgit Ritter wichtige Impulse für eine integrative Quartiersgestaltung. Die „Arbeitsgemeinschaft Kriegshaber e.V." ist ein Zusammenschluss aus vielen verschiedenen Vereinen, kirchlichen und weltlichen Organisationen – darunter Parteien, Kitas, Schulvereine, Sozialstationen, Rotes Kreuz sowie das Jugendhaus r33. Vielfältige Perspektiven führen zu ganzheitlichen Lösungen bei der Quartiersentwicklung. In Kriegshaber ziehen unterschiedliche Akteure an einem Strang und realisieren tolle Projekte wie Stadtteil-Rallyes oder regelmäßige Märkte. Hier funktioniert Bürger*innenbeteiligung von unten!

Verschiedene Akteure ziehen an einem Strang für tolle Projekte in ihrem Stadtteil

In anderen Stadtvierteln gibt es dagegen noch viele ungenutzte Potenziale. Wir GRÜNEN wollen uns dafür einsetzen, in allen Augsburger Stadtteilen geeignete Rahmenbedingungen für integrative Beteiligungsprozesse herzustellen und Partizipation gezielt unterstützen und fördern! Von den guten Erfahrungen aus Oberhausen, Kriegshaber und der nördlichen Jakobervorstadt sollen alle Stadtviertel profitieren – insbesondere diejenigen, deren Bevölkerung in den gesamtstädtischen Beteiligungsverfahren unterrepräsentiert ist. Ein ganzheitliches Quartiertsmanagement, das Offenheit, Kompetenz und praktische Erfahrung bündelt, kann dazu einen ganz wesentlichen Beitrag leisten!

AUGSBURG BRAUCHT EIN BETEILIGUNGSBÜRO

Mitreden lassen – aber richtig

Ob bei Aktionen im Stadtteil, im Klimacamp vor dem Rathaus, durch Bürger*innenbegehren oder im Integrationsbeirat – viele Augsburger*innen wollen mitreden und engagieren sich bereits! Es gibt jedoch auch einige, die was zu sagen hätten, aber nicht dazu kommen oder keine geeigneten Kanäle finden. Auch ihre Stimmen sollen gehört und berücksichtigt werden! Wie können wir den Widerspruch zwischen Offenheit und Kontinuität, zwischen Niedrigschwelligkeit und Schlagkraft der Beteiligungsprozesse auflösen? Für unsere GRÜNE Fraktion ist die Antwort klar: Wir brauchen ein Beteiligungsbüro, das Bürger*innenbeteiligung weiter professionalisiert und durch innovative Zugänge zur Entfaltung vorhandener Potenziale beiträgt.

Wir GRÜNEN wünschen uns auf allen Ebenen mehr Beteiligung. In Augsburg setzen wir uns für mehr Beteiligungsverfahren, inklusive und innovative Beteiligungsansätze ein. Dafür benötigen wir eine zentrale Stelle, die sich ausschließlich diesem herausragenden Anliegen widmet.

Unsere Vision für ein Augsburger Beteiligungsbüro

Ein Beteiligungsbüro nach unseren Vorstellungen erfüllt verschiedene Funktionen:

1. Interne Beratung: Die Hauptaufgabe des Beteiligunsbüros besteht aus unserer Sicht darin, den Referaten in allen Phasen der Bürger*innenbeteiligung beratend zur Seite zu stehen und Orientierung bei der Klärung zentraler Fragen zu bieten. In welchen Kontexten ist Beteiligung sinnvoll? Welches Beteiligungsdesign passt zum konkreten Anlass? Das Beteiligungsbüro ist bestens vernetzt, verfügt über einen reichen Fundus an diversen Beteiligungsverfahren (einem „Methodenkoffer") und versammelt geballte Expertise und Erfahrungswissen. Innovative Ansätze und Methoden sollen dazu beitragen, spezifische Herausforderungen zu meistern und das kreative Potenzial der Bürger*innen zu entfalten, so dass im kooperativen Prozess gute, ausgewogene Lösungen gefunden werden können. Darüber hinaus soll das Beteiligungsbüro grundsätzlich dazu beitragen, innerhalb der Stadtverwaltung – z. B. im Rahmen von Fortbildungsangeboten – ein Bewusstsein für den außerordentlichen Mehrwert professioneller Bürger*innenbeteiligung zu schaffen.

FRANZISKA WÖRZ, STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDE UND SPRECHERIN FÜR FINANZEN, GLEICHSTELLUNGS- UND FRAUENPOLITIK

2. Kommunikation nach außen: Nach unseren Vorstellungen hat ein Beteiligungsbüro neben seiner beratenden auch eine vermittelnde Funktion – indem es den Wissens- und Informationstransfer zwischen Stadtverwaltung und Stadtgesellschaft organisiert und Beteiligung sichtbar macht. Medien wie das Amtsblatt, das Bekanntmachungen und Ausschreibungen der Stadt mitteilt, lesen wohl die Wenigsten. Hier sind also innovative Kommunikationskonzepte gefragt! Über

eine digitale Beteiligungsplattform sollen sich Bürger*innen über abgeschlossene (Dokumentation), laufende und geplante Beteiligungsprozesse informieren können. Veranstaltungstermine, Hintergründe, Ergebnisse: hier sollen die relevanten Informationen gesammelt präsentiert werden. Welche Entscheidungsprozesse laufen momentan oder in naher Zukunft? Welche Lösungswege werden diskutiert? Wo kann ich mich wie einbringen? Welchen finanziellen Rahmen hat die Stadt zur Verfügung und woran bemisst sich die finanzielle Förderung eines Projektes durch den Freistaat?

Wenn wir uns mehr Beteiligung wünschen, ist eine niederschwellige, ehrliche Informationspolitik eine wesentliche Voraussetzung. Ein zentraler Bestandteil dieser Informationspolitik kann eine jederzeit zugängliche Vorhabenliste wie etwa in Heidelberg oder Bonn sein, die durch das Beteiligungsbüro betreut wird. Sie soll politische Vorgänge transparent machen und geplante kommunale Projekte gebündelt präsentieren, bevor diese in den jeweiligen Gremien verhandelt und beschlossen werden. Bürger*innen haben dadurch die Möglichkeit, frühzeitig zu intervenieren und ggf. ein Beteiligungsverfahren einzufordern. Das Instrument wurde bereits in der letzten Wahlperiode beschlossen und wird gerade erstellt.

Ein Büro mit drei Funktionen: Beratung, Kommunikation, Evaluation

3. Evaluation: Ein dritter, wichtiger Aufgabenbereich ist die Evaluation der durchgeführten Projekte – auch als wertvolle Grundlage für künftige Beratungen. Es gilt herauszufinden, wie Bürger*innen einen Beteiligungsprozess erlebt haben, welche Methoden unter welchen Rahmenbedingungen zielführend waren und wie ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Einsatz und Nutzen erreicht werden kann. Daraus lassen sich essenzielle Lern- und Erfahrungswerte ableiten, von denen die Beteiligungsarbeit insgesamt profitieren kann.

Zentrale Herausforderungen, offene Fragen und gute Ideen

Als konzeptionelle Grundlage für Beteiligungsprozesse wünschen wir uns ein **organisches Beteiligungsleitbild**. Dieses Leitbild soll nicht ad hoc entstehen, sondern organisch wachsen können, also einen Entwicklungsprozess vollziehen dürfen. In diesem Sinne soll ein Rahmenkonzept erarbeitet werden, das wesentliche Eckpfeiler (z. B. Repräsentativität und Niederschwelligkeit) definiert, aber auch produktiven Spielraum beinhaltet.
Repräsentativität ist ein Erfolgskriterium für

Bürger*innenbeteiligung. Wie schaffen wir es, noch mehr Bürger*innen an der Weiterentwicklung Augsburgs zu beteiligen? Auch die, für die starre Gremienarbeit mit langen Laufzeiten abschreckend ist, die sich keine Kinderbetreuung für Abendveranstaltungen leisten können oder sich von komplizierter Behördensprache überfordert fühlen und auf eine Übersetzung in leichte Sprache bzw. ihre Muttersprache angewiesen sind? Insbesondere junge Menschen, Familien, Frauen, queere Menschen und BIPoC (Black, Indigenous and People of Color) bzw. Menschen mit Migrationsgeschichte sind momentan in Beteiligungsverfahren unterrepräsentiert.

Für uns ist klar: Diese Lücke zu schließen ist eine große Aufgabe des Büros für Bürger*innenbeteiligung, um aus der Vielfalt der Erfahrungen und Meinungen der Augsburger Stadtgesellschaft schöpfen zu können. Deshalb wollen wir regelmäßige Formate wie Schüler*innenwettbewerbe oder Kooperationen mit Uni und Hochschule genauso etablieren wie eine aufsuchende Informations- und Partizipationsstruktur, um Menschen, die bisher nicht partizipiert haben, für Beteiligungsprozesse zu gewinnen. Dabei könnten Kanäle und Räume von Vereinen, zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Religionsgemeinschaften genutzt werden, um eine möglichst breite Resonanz zu erzielen. Auch die Ermittlung von „Zufallsbürger*innen" ist in diesem Kontext ein spannender Ansatz. Hier entscheidet das Los darüber, wer eingeladen wird.

RAPHAEL BRANDMILLER, GENERATION AUX, SPRECHER FÜR KREATIVWIRTSCHAFT, START-UPS UND DIGITALISIERUNG

Grundsätzlich muss Bürger*innenbeteiligung **niederschwellig** sein, wobei die jeweilige Schwellenhöhe von den individuellen Voraussetzungen der Bürger*innen abhängt. Hier gilt es, verschiedene Perspektiven mitzudenken! Für den digital-affinen Teil der Stadtbevölkerung können digitale Partizipationsmöglichkeiten die Schwelle erheblich senken. Die oben genannte digitale Beteiligungsplattform könnte interaktive Elemente beinhalten und direkte Partizipationskanäle eröffnen. Bürger*innen könnten dort diskutieren und abstimmen, Vorschläge einreichen und Feedback geben. Auch interaktive Veranstaltungen und Diskussionen könnten Bestandteil des digitalen Angebots sein. Die Partizipationsmöglichkeiten derjenigen, denen die notwendige technische Ausstattung oder die erforderlichen Kenntnisse fehlen, dürfen dabei jedoch auf keinen Fall vernachlässigt werden! Auch für diese Bürger*innen muss es niederschwellige Beteiligungskonzepte geben.

Aktueller Stand und Ausblick

Dass ein Beteiligungsbüro eingerichtet wird, ist Gegenstand unseres schwarz-grünen Koalitionsvertrags. Bezüglich der konkreten Ausgestaltung sind allerdings noch einige Fragen offen. Wir setzen uns für eine baldige Realisierung und für die Berücksichtigung unserer Ideen sowie für eine adäquate personelle und finanzielle Ausstattung ein, damit unser Augsburger Beteiligungsbüro seiner wichtigen Aufgabe auch gerecht werden kann! Augsburg ist eine großartige Stadt mit einer bunten Stadtgesellschaft, die es verdient hat, gehört zu werden!

EIN PLANTREFF FÜR AUGSBURG

Stadtentwicklung zum Mitmachen

Stadtplanung und Stadtentwicklung betreffen alle Augsburger*innen ganz direkt. Damit sie dabei bestmöglich informiert werden und auch mitreden und mitplanen können, wollen wir eine städtische Anlaufstelle für Partizipation in der Stadtentwicklung schaffen. Vorbild ist dabei auch der Münchner PlanTreff. Dessen Leiterin Anna-Maria Hogeback traf unsere Fraktionsvorsitzende Verena von Mutius-Bartholy zum Gespräch.

Im Koalitionsvertrag haben wir die Idee eines PlanTreff als wichtiges Instrument der Bürger*innenbeteiligung an der Stadtplanung verankert. Er soll eine „analoge" und digitale Plattform für Ausstellungen, Workshops und Öffentlichkeitsarbeit bilden, damit Planungsprozesse für alle Bürger*innen transparent werden und sie sich an der baulichen Gestaltung ihrer Stadt beteiligen können. Was ein PlanTreff leisten kann, haben wir in unserer 10. Stadtgrün-Ausgabe bereits dargestellt. Konkrete Tipps und Erfahrungen für den Aufbau und Einblicke in die Potenziale einer solchen Stelle haben wir nun aus erster Hand erhalten – im Gespräch mit Anna-Maria Hogeback, Leiterin des PlanTreff München.

VERENA V. MUTIUS-BARTHOLY (VMB) **Sie sind seit rund 20 Jahren beim PlanTreff dabei. Gab es in dieser Zeit mal ein besonders prägendes Erlebnis, von dem Sie uns berichten können?**

ANNA-MARIA HOGEBACK (AH) Es gab immer wieder besondere Erlebnisse, vor allem auch mit Schülerinnen und Schülern. Es ist immer wieder bereichernd, zu sehen wie ernsthaft und engagiert junge Leute über lange Zukunftsräume nachdenken. An unsere ersten Gehversuche mit Online-Beteiligung denke ich auch oft zurück. Ich kann mich genau erinnern, wie froh wir waren, dass das erfolgreich lief und sich bis heute als große Bereicherung für unsere Diskussionsprozesse zeigt.

VMB **Die letzten Jahre sind geprägt durch vielfältige, mitunter einschneidende Veränderungen. Inwiefern hat sich Ihre Arbeit dadurch verändert?**

AH Schon sehr. Die Gesellschaft hat sich verändert, aber vor allem der Anspruch der Gesellschaft an Beteiligung und damit auch unsere Tools. Sie sind viel breiter geworden – durch Soziale Medien und das Internet generell. Es gibt aber auch Formate, die nahezu gleich geblieben sind wie unsere Ausstellung. Der Bogen, der sich über alle unsere Themen spannt, ist die Frage nach der Zukunft der Stadt. Wie kann München in 20 Jahren lebenswert und nachhaltig sein? Die Fragen bleiben zwar gleich, die Antworten ändern sich aber immer wieder. Für den PlanTreff ist es außerdem ein wichtiger Auftrag vom Stadtrat, uns um die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen zu kümmern. Unsere Jugendworkshops sind immer echte Highlights. Da bekommen wir die kreativsten, unvoreingenommensten Inputs.

VMB **Wissen Sie inzwischen schon im Vorfeld, wie ein Beteiligungsprozess ablaufen wird, oder ist es jedes Mal eine Überraschung?**

AH Jedes Projekt ist so individuell, dass man nie genau weiß, wie es ablaufen wird. Für die Planbarkeit ist es wichtig, sich im Vorfeld Gedanken zum Beteiligungsgegenstand zu machen und zum Beteiligungsspielraum. Wie offen oder besetzt ist das Projekt schon,

ANNA-MARIA HOGEBACK IST STADTPLANERIN UND FACH-JOURNALISTIN UND HAT DEN PLANTREFF SEIT SEINEM START MITENTWICKELT.

was sind die Rahmenbedingungen? Es geht um klare Kommunikation, Transparenz, Glaubwürdigkeit. Wichtig ist dabei die Information als Grundlage für eine Kommunikation auf Augenhöhe.

VMB **Wenn Sie einen Beteiligungsprozess planen, welche Gedanken machen Sie sich im Vorfeld?**
AH Wir orientieren uns an der Checkliste der Stadt und den „Beteiligungsgrundsätzen" der Allianz für vielfältige Demokratie. Bei komplexen Projekten muss man aber immer rechts und links schauen, was für den konkreten Fall passt. Da kommt unser großes Erfahrungswissen ins Spiel.

VMB **Welche Instrumente haben sich in Ihrer Arbeit bewährt und was hat sich als nicht zielführend erwiesen?**
AH Es gibt eigentlich kein Format, das sich gar nicht bewährt hat. Im Gegenteil: Ich glaube, dass die Angebote durch die Vielzahl neuer Kanäle und den Trend zur cross-medialen Kommunikation noch breiter werden. Wir wollen ja Menschen in ihren Kommunikationsgewohnheiten begegnen, um möglichst viele zu erreichen.

VMB **Für Augsburg planen wir eine ähnliche Informations- und Beteiligungsplattform. Was sollten wir beim Aufbau dieser Plattform berücksichtigen?**
AH Wichtig für den Aufbau sind auf jeden Fall ausreichende Ressourcen – sowohl personeller als auch finanzieller Art. Und man muss so einem Projekt auch ein bisschen Zeit geben. Es braucht eine Weile, bis die Idee angenommen wird, bis sich der Ort etabliert hat im Bewusstsein einer Stadt. Auch die individuelle Note muss man herausfinden – mit Experimentierfreude, Mut und Gelassenheit.

VMB **Wo sehen Sie für den PlanTreff München noch Entwicklungspotenzial?**
AH Entwicklungspotenzial gibt es sicher bei der Ansprache von unterrepräsentierten Zielgruppen. Wir versuchen das gerade mit dem sogenannten „Zufalls-Bürger*innen". Man wählt aus dem Einwohnermelderegister zufällig Menschen aus, die man einlädt, sich zu beteiligen. Wir haben das schon einmal in einem kleineren Rahmen versucht und sehr gute Erfahrungen gemacht. Man erreicht Personen, die sich zum Teil zum ersten Mal mit planerischen Fragestellungen auseinandersetzen und die dann feststellen, wie spannend das ist und wie viel Spaß es machen kann.

VMB **Für den Münchner Nordosten gab es ja einen mehrjährigen und sehr komplexen Beteiligungsprozess. Dennoch gibt es Kritik an der Planung. Gibt es bewährte Mittel, um gezielt auch die kritischen Stimmen mit ins Boot zu holen?**
AH Der Schlüssel liegt, glaube ich, im Dialog. Man wird bei vielen Entwicklungen die unterschiedlichen, oft sogar unvereinbaren Interessen nie ganz auflösen können, aber man muss im Gespräch bleiben. Noch wichtiger als zu erklären und zu vermitteln ist es, zuzuhören, Interesse zu zeigen, Sorgen ernst zu nehmen. Ich erlebe immer wieder, dass Leute sagen: Ich bin zwar nicht Ihrer Meinung, aber ich verstehe jetzt den Prozess und finde den Ablauf fair, deswegen kann ich das Ergebnis akzeptieren. Es geht um Verständnis und ein faires Miteinander.

VMB Herzlichen Dank für das Gespräch!

AUSSTELLUNGEN SIND FESTER BESTANDTEIL DER ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DES PLANTREFF. HIER DIE DIESJÄHRIGE AUSSTELLUNG „MÜNCHEN PLANT DIE ZUKUNFT".

Die grünen Referate beteiligen dich!

Für die Stadtverwaltung sind Beteiligungsprozesse ein wichtiges Instrument, um Bürger*innen projektgebunden mitzunehmen. In manchen Bereichen ist Beteiligung gesetzlich vorgeschrieben, in anderen binden die Referate die Bürger*innen eigeninitiativ ein. Unsere grünen Referenten Reiner Erben, Martina Wild und Jürgen Enninger geben Einblicke in Beteiligungsformate aus ihren Bereichen und berichten, warum es ihnen so wichtig ist, dass die Augsburger*innen sich vielfältig einbringen können.

Jürgen K. Enninger, Referent für Kultur, Welterbe und Sport

Bürger*innenbeteiligung ist für mich...

... echte Mitsprache, wirkliche Einwirkungsmöglichkeiten und das Gefühl, dass dann auch etwas passiert. Es geht darum, ermutigende Angebote zu schaffen, d. h. nicht nur einladende, sondern auch aufsuchende Beteiligung zu gestalten. Wir stehen vor der Herausforderung, dass wir Menschen aktivieren möchten, die sich bislang nicht als wirkmächtig erlebten. Das müssen und wollen wir ändern.

Welches Projekt hat besonders von der Einbeziehung der Bürger*innen profitiert und warum?

Aktuell arbeiten wir im Grieslepark an Beteiligungskonzepten für die Gestaltung des Parks. Hier kann man ganz konkret mitentscheiden, wie der Park einmal ausgestaltet wird. Konkreter und praxisnäher kann Beteiligung kaum werden.

Als Beispiel kann die Ausgestaltung des zweiten Bauabschnittes genannt werden: Im Rahmen eines Onlinefragebogens hatten Bürger*innen die Möglichkeit, ihre Ansicht zu

NETZWERKVERANSTALTUNG MIT TEILNEHMENDEN DES INTERNATIONALEN CULTURAL ENTREPRENEURSHIP HUB PROJEKTS MIT DEM GOETHE INSTITUT

den beabsichtigten Sitzgelegenheiten, dem Bewegungsparcours und den Tischtennisplatten mitzuteilen.

Der geplante Pumptrack wurde gemeinsam im Rahmen einer Onlineveranstaltung mit Bürger*innen, Stadtjugendring und Vereinsvertretungen zusammen mit dem Hersteller entwickelt. Verschiedene Ansprüche der Skaterszene, Dirtbikevertretung, aber auch die Anforderungen der Kids aus der Nachbarschaft wurden erörtert und versucht, auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Wenn du nicht Referent wärst, wo würdest du als Bürger mitmachen?

Wir starten jetzt in die nächste Phase, die Partizipationsphase, von #augsburgbewegt, unserem Maßnahmenpaket zur Belebung von Kultur und Sport in Augsburg. Im kommenden Jahr haben wir verschiedene Stadtteilgespräche geplant, um noch mehr Menschen für Sport und Kultur und deren Möglichkeiten in Augsburg zu begeistern. Sich hier konkret mit Ideen zu Einzelmaßnahmen (z. B. wo soll die nächste Sportbox hin, wie kann ich mein Umfeld aktivieren, sich an den Aktivitäten der Stadt zu beteiligen) einzubringen und dann an den vorgeschlagenen Ideen aktiv mitzugestalten, würde mir als Bürger großen Spaß machen. Eigentlich waren für 12. und 13. Januar 2022 zwei Stadtteilgespräche zu den Themen Sport und Kultur geplant. Diese Termine mussten wir wegen der hohen Coronazahlen leider absagen, hoffen aber, sie bald nachholen zu können. Alle interessierten Bürger*innen sind dann herzlich eingeladen. Über das ganze Jahr 2022 sind vier weitere Stadtteilgespräche in Augsburgs geplant. Alle aktuellen Infos findet dazu auf www.augsburg.de/augsburgbewegt.

Welche Erkenntnisse ziehst du aus bisherigen Beteiligungsprozessen für künftige Formate? Wie kann Beteiligung aus deiner Sicht innovativ gestaltet werden und wie begeistert man viele Menschen dafür, sich einzubringen?

Wichtig ist mir das Erwartungsmanagement. Es gibt bestimmte Rahmenbedingungen und diese muss man offen benennen. Außerdem: viel hinterfragen, z. B.: Was bedeutet netzwerken? Netzwerken kann Inspiration, Miteinander, Geschäftsbeziehung, persönliche Beziehung, Teilung von Ressourcen bedeuten. Wir müssen immer wieder hinterfragen, was tatsächlich hinter Dachbegriffen steht.

„Da die Rahmenbedingungen schon klar definiert waren, hatten wir lediglich einen sehr kleinen Mitbestimmungsfreiraum. Einen Skateplatz hätten wir präferiert, da es einen mobilen Pumptrack bereits im Viertel gibt. Konkrete Ideen aus den Workshops wie solarbetriebene Handyaufladestationen usw. wurden aber sehr ernst genommen und im weiteren Prozess mitgedacht. Es ist ein Anfang partizipatorischen Vorgehens, der noch ausbaufähig ist."

Jutta Holzapfel,
Referentin für Jugendkultur beim Stadtjugendring zur Planung einer Pumptrack-Anlage in Stadtbergen.

Martina Wild, 2. Bürgermeisterin und Referentin für Bildung und Migration

Bürger*innenbeteiligung ist für mich...

... dass Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft in den Dialog miteinander treten und gemeinsam unsere Stadt voranbringen. Nötig sind transparente Information, eine gute Kommunikation über die exakten Beteiligungsmöglichkeiten (aber auch deren Grenzen) und das Schaffen institutionalisierter gemeinsamer Entscheidungswege. Ein gut austariertes Mitreden, Mitplanen und Mitentscheiden der Bürger*innen führen in der Regel zu einer tragfähigeren Lösung. Gerade in einer vielfältigen Stadtgesellschaft sind Beteiligungsprozesse eine wichtige Chance, um Gemeinschaft, Identifikation und Akzeptanz zu schaffen und Projekte in unserer Stadt gemeinsam zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Das ist zentral wichtig für eine demokratische Stadtgesellschaft.

Welches Projekt hat besonders von der Einbeziehung der Bürger*innen profitiert und warum?

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir jeden Tag von der Beteiligung von Bürger*innen an unserer Arbeit profitieren. Ich nenne beispielhaft zwei Aktivitäten in meinem Referatsbereich mit unterschiedlicher Form der Beteiligung: Zum einen haben wir unser Schulgutachten bereits in einem Zwischenstadium den Schulen vorgestellt und anschließend intensiv mit ihnen hierüber diskutiert, weil es mir wichtig war, ihre Perspektiven früh mit einzubinden und Transparenz herzustellen. Wir haben nun eine fundierte Grundlage, um am Schulgutachten weiterzuarbeiten.

Zum anderen haben das Büro für gesellschaftliche Integration und ich mit dem „lernenden" Integrationskonzept und dem daraus resultierenden „Aktionsplan Integration" auch einen größeren Beteiligungsprozess. Klar ist: Die gleichberechtigte Teilhabe und der gleichberechtigte Zugang zu Bildung und Ausbildung, zum Arbeits- und Wohnungsmarkt, zu Kultur und Sport müssen wir gemeinsam schaffen, wir brauchen unterschiedliche Sichtweisen und Kompetenzen. Hierfür ist es wichtig, den bestehenden Aktionsplan umzusetzen, ihn aber zugleich auch weiterzuentwickeln. Das Integrationskonzept, das bewusst als lernendes Konzept konzipiert ist, werden wir daher, wie bereits vor einigen Jahren geschehen, erneut mit vielen Menschen aus der Stadtgesellschaft diskutieren und stetig anpassen. Ohne die Verbände, die vielen Initiativen und Engagierten, wäre so etwas nicht möglich. Deshalb ist das für mich ein wirklich gelungener Prozess der Beteiligung der vergangenen Jahre, der nun natürlich auch weitergehen wird.

Wenn du nicht Referent wärst, wo würdest du als Bürgerin mitmachen?

Ich würde gerne beim Bibliotheksentwicklungskonzept mitmachen, denn von einem guten, vielseitigen Angebot der Stadtbücherei profitiere ich als Bürgerin auf vielfältige Weise – etwa als Mutter, deren Kinder dort Bildungsveranstaltungen besuchen und kostenfrei Medien ausleihen dürfen, als Besucherin diverser Veranstaltungen, auf denen ich mitdiskutieren kann, und natürlich als Kundin ohne den Anspruch, jeden Reiseführer und jedes Hörbuch selber besitzen zu

„Die Bibliothek als Stadt im Kleinen." Dieses Zitat aus der Veranstaltung „Stadtbücherei.Findet.Stadt." ist für mich gleichermaßen Wegweiser wie Auftrag. Bibliotheken gehören den Bürger*innen – wir Bibliothekar*innen kuratieren lediglich den Raum für sie. Binden wir sie also vermehrt ein in das WIE und das WAS.

Solch eine partizipative Beteiligung benötigt Ressourcen – Zeit, Geld und Lust, am Dabei-sein. Ich bin gespannt, welche weiteren Möglichkeitsräume die Politik hier der Stadtbücherei und den Bürger*innen eröffnet!"

Tom Becker: Bundesvorstandsmitglied im Berufsverband „Information Bibliothek" und beteiligt am Bibliotheksentwicklungsplan in Augsburg

müssen. Die Stadtbücherei und ihre Außenstellen sind Begegnungsorte und Bildungsorte für ALLE. Ihre vielen Aufgaben wie Leseförderung, Digitalisierung und Nachhaltigkeit sind ein wichtiger Baustein unserer Augsburger Bildungslandschaft. Es ist mir wirklich ein enorm großes Anliegen, hier mit der Leitung der Stadtbücherei, Tanja Erdmenger, den Mitarbeitenden und der Stadtgesellschaft den Prozess der Weiterentwicklung der Stadtbücherei gemeinsam zu machen und dabei auch konzeptionell voranzugehen. Nach dem Motto „Stadtbücherei findet Stadt". Je mehr Menschen mitgestalten, desto besser!

Welche Erkenntnisse ziehst du aus bisherigen Beteiligungsprozessen für künftige Formate? Wie kann Beteiligung aus deiner Sicht innovativ gestaltet werden und wie begeistert man viele Menschen dafür, sich einzubringen?

Zentral wichtig sind das frühzeitige Einbeziehen der Bürger*innen und eine gute, transparente Planungsqualität. Den Beteiligten muss klar sein, was die Ziele sind, welche Personen und Organisationen mit dabei sind. Gleichzeitig muss von Beginn an deutlich kommuniziert werden, wie groß die Gestaltungsspielräume sind. Das Erwartungsmanagement ist damit ein zentraler Bestandteil von Beteiligungsprozessen.
Leider hakt es sehr oft an der Zusammensetzung der Teilnehmenden. Statt immer die gleichen Personen sollte die heterogene Stadtgesellschaft abgebildet sein. Genau darin liegt die große Herausforderung. Wir dürfen für Beteiligungsprozesse nicht „nur ins Rathaus" einladen, sondern müssen dorthin gehen, wo Menschen sich aufhalten – in die Vereine, zu den Initiativen vor Ort und gerne auch in die „Kneipe ums Eck". Gleichzeitig gilt es auch, die Möglichkeit der digitalen Teilhabe auszubauen.
Die Corona-Pandemie war eine Herausforderung auch für Beteiligungsprozesse, da wir uns lange nicht mehr persönlich begegnen konnten. Dafür ist die digitale Beteiligung rasch vorangeschritten und hier werden zukünftig auch gute Formate viel mehr Teil von Beteiligung bleiben. Allerdings freue ich mich sehr, wenn wir uns nun wieder mehr im räumlichen Miteinander und im direkten Kontakt austauschen und diskutieren können.

Reiner Erben, Referent für Nachhaltigkeit, Umwelt, Klima und Gesundheit

Bürger*innenbeteiligung ist für mich...

... unter anderem ein Motor für die Bewältigung der Klimakrise. Die Bürger*innen sind da zum Teil viel weiter als manche Parteien und Interessenverbände. Viele Aktive, die jetzt für den Klimaschutz und die Energiewende auf die Straße gehen, engagieren sich schon sehr lange in Umweltverbänden und in der Lokalen Agenda. Mit ihren kreativen Ideen können sie uns helfen, hier vor Ort konkrete Lösungen zu entwickeln, z. B. wie wir mehr Photovoltaik realisieren oder Mobilität in den Wohnquartieren nachhaltig organisieren können.

Welches Projekt hat besonders von der Einbeziehung der Bürger*innen profitiert und warum?

Viele konkrete Beschlüsse beruhen auf Ideen und Vorarbeiten engagierter Bürger*innen, zum Beispiel aus den Fachforen der Lokalen Agenda. Das gilt für den Beitritt Augsburgs zum Klima-Bündnis, die Ernennung einer*s Radverkehrsbeauftragten genauso wie für das kommunale Energiemanagement und das erste CO2-Minderungskonzept, das Augsburg schon 2001 auf den Weg gebracht hat. Der neue Klimabeirat und die nun beschlossenen ambitionierten Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen gehen auf Initiativen des Nachhaltigkeitsbeirats zurück. Die Klimaaktiven haben als Teil einer neuen gesellschaftlichen Bewegung geholfen, das Thema Klimagerechtigkeit ganz oben auf die politische Tagesordnung zu setzen. Ich habe erfahren, wie gewinnbringend es ist, ihren Schwung in den politischen Prozess mitzunehmen. Dadurch konnten wir auf dem Weg in eine klimagerechte Zukunft ein gutes Stück vorankommen.

Wenn du nicht Referent wärst, wo würdest du als Bürger mitmachen?

Lokale Agenda, klassische Umweltverbände wie Bund Naturschutz und Greenpeace, Fridays for Future – Bürger*innen haben eine breite Auswahl an Möglichkeiten, wenn es darum geht, sich für mehr Umweltschutz, Klimagerechtigkeit und Nachhaltigkeit einzubringen. Ich würde auf jeden Fall die jährlich von der Umweltstation Augsburg in Kooperation mit dem Büro für Nachhaltigkeit und der Lokalen Agenda organisierte Zukunftstagung besuchen. Um das Thema Nachhaltigkeit breiter in der Stadtgesellschaft zu verankern, führen wir seit 2017 jedes Jahr die Fachtagung „Wir gestalten unsere Zukunft – Nachhaltige Entwicklung durch bürgerschaftliches Engagement!“ durch. Die Tagung richtet sich an alle, die im Bereich Nachhaltigkeit in Augsburg und Umgebung aktiv sind – sei es als Teilnehmer*innen beim Augsburger Zukunftspreis, als haupt- oder ehrenamtliche Akteur*innen bei Vereinen oder Initiativen, in Unternehmen, in der Verwaltung oder „auf eigene Faust“ als Freiberufliche im Bildungsbereich. Die Tagung selbst ist

2020 WURDE DIE LOKALE AGENDA 21 BEI EINEM VOM BUNDESUMWELTMINISTERIUM ORGANISIERTEN WETTBEWERB VON EINER JURY AUS EXPERT*INNEN UND BÜRGER*INNEN ALS BESTES BÜRGERINITIIERTES VORBILD FÜR BÜRGERBETEILIGUNG AUSGEWÄHLT.

zwar kein eigentliches Beteiligungsformat, verschafft aber einen guten Überblick über verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten, bringt engagierte Bürger*innen zusammen und kann Ausgangspunkt für spannende Beteiligungsprojekte sein!

Welche Erkenntnisse ziehst du aus bisherigen Beteiligungsprozessen für künftige Formate? Wie kann Beteiligung aus deiner Sicht innovativ gestaltet werden und wie begeistert man viele Menschen dafür sich einzubringen?
Bürger*innenbeteiligung muss v. a. niederschwellig und weitreichend sein. Mit „weitreichend" meine ich, dass es nicht darum geht, Bürger*innen bloß ein bisschen mitreden zu lassen, sondern darum, echte Mitgestaltungsspielräume zu schaffen. Wenn Bürger*innen die Erfahrung machen, dass ihr Engagement sich in politisches Handeln niederschlägt, dass sie nicht alles hinnehmen müssen, sondern ihr Umfeld aktiv mitgestalten können, wirkt sich das positiv auf die künftige Beteiligungsbereitschaft aus. Deshalb ist es ganz entscheidend, dass wir die Beiträge der Bürger*innen aufgreifen und sie damit implizit, aber auch explizit ermutigen, sich als Mitgestalter*innen unserer Stadt zu sehen!

„Wer die laufenden Debatten aufmerksam verfolgt, stellt fest: Zum Klimaschutz passiert noch immer viel zu wenig! Wir brauchen mehr Druck und Beteiligung aus der Mitte der Gesellschaft, damit Politik und Verwaltung beim Klimaschutz die richtigen Weichen stellen und auch konsequent danach handeln. Die Möglichkeiten sind vielfältig. Mit der Bildungsarbeit unserer Umweltstation tragen wir dazu bei, Bürger*innen mit den erforderlichen Gestaltungskompetenzen auszustatten. Mit dem neue Umweltbildungszentrum (UBZ), das 2022 in Betrieb geht, werden wir unser Engagement weiter ausbauen. Gemeinsam müssen wir auf eine ökologisch, ökonomisch und sozial gerechte Zukunft in Augsburg hinwirken."

Nicolas Liebig, Geschäftsführer des Landschaftspflegeverbands der Stadt Augsburg und der Umweltstation Augsburg

FÜR MEHR KLIMASCHUTZ UND SOZIALEN ZUSAMMENHALT

Bürger*innenräte für lebendige Demokratie

Wir GRÜNEN im Deutschen Bundestag setzen uns dafür ein, Demokratie auf vielfältige Art und Weise lebendiger zu gestalten und näher zu den Menschen zu bringen. Dazu haben wir in den letzten Jahren mehrere Anträge und Gesetzentwürfe im Bundestag vorgelegt. Wir denken Demokratie weiter und wollen sie in ihrer Vielfalt stärken!

Als erste Fraktion im Bundestag setzten wir uns dafür ein, zufallsgeloste Bürger*innenräte zur Beratung von Bundestag und Bundesregierung mit einem Beteiligungsgesetz einzuführen. Sie sind ein guter Ort für eine sachliche Debatte zu politischen Themen, können Menschen für Politik begeistern und wertvolle Empfehlungen für politische Entscheidungsträger*innen liefern. Verschiedenste Beispiele zeigen, dass zufallsgeloste Bürger*innenforen oft interessante Anregungen in die Politik geben: Sei es in Baden-Württemberg zum Thema Altersvorsorge der Abgeordneten, in Irland zu Grundrechtsfragen wie der „Ehe für alle" oder in Frankreich zum Klimaschutz. Wir wollen das Instrument zufallsgeloster Bürger*innenräte auch auf Bundesebene gesetzlich verankern und Bundesregierung, Bundestag und der Bevölkerung selbst die Möglichkeit geben, Räte zu ausgewählten Themen einzusetzen. Bürger*innenräte werden auf Grundlage einer geschichteten Zufallsauswahl gelost, die sicherstellt, dass das geloste Gremium in zentralen soziodemografischen und sozioökonomischen Merkmalen im Wesentlichen dem Durchschnitt der Bundesbevölkerung entspricht. Und sie sollen die Vielfalt der Gesellschaft abbilden und daher sollen in das Losverfahren alle in Deutschland lebenden Menschen aufgenommen werden.

Gerade die Corona-Pandemie hat nochmal gezeigt, wie essenziell der Beitrag von bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt für unsere Gesellschaft und Demokratie ist. Wir wollen daher in einer Engagementoffensive die Politik des Bundes zur Förderung von Beteiligung und Ehrenamt vom Kopf auf die Füße stellen, mit einem Online-Beteiligungsportal, nach dem Vorbild von Baden-Württemberg, mit einem Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung, der konkrete institutionalisierte Beteiligungsstrukturen aufzeigt sowie mit einem Demokratiefördergesetz, das eine Rechtsgrundlage für die Förderung zivilgesellschaftlicher Arbeit zur Demokratiestärkung, gegen Rechtsextremismus, Diskriminierung und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit schafft. Zudem wollen wir bürokratische Hürden beseitigen und eine echte Anerkennungskultur für ein freiwilliges Engagement, z. B. durch eine bundesweite Engagamentkarte, mit der es Vergünstigungen in Theatern, Schwimmbädern, Museen usw. geben kann, durch kostenfreien ÖPNV oder verbesserte Anrechnung auf Studien- und Ausbildungsleistungen. Auch „Lernen mit Engagement" in Schulen und Hochschulen wollen wir fördern, ebenso wie die Digitalisierung der Zivilgesellschaft. Digitales Engagement soll zudem gemeinnützig und das Gemeinnützigkeitsrecht überarbeitet werden. Denn die Digitalisierung durchdringt immer mehr Bereiche des menschlichen Lebens und führt zu neuen Möglichkeiten, sich zu engagieren, z. B. als Autor*in der Wikipedia, in Freifunk-Initiativen oder bei der Programmierung von Open Source Software.

CLAUDIA ROTH, AUGSBURGER BUNDESTAGS-ABGEORDNETE

Mehr zum Thema in den Anträgen „Für eine lebendige Demokratie – Beteiligung und Engagement auf Bundesebene stärken", und „Engagementoffensive jetzt – Bürgerschaftliches Engagement in der Breite der Gesellschaft fördern". abrufbar auf https://dserver.bundestag.de

Für die Inhalte dieser Seite ist Claudia Roth, MdB, verantwortlich.

FÜR BESSERE BEARBEITUNG VON BÜRGER*INNENANLIEGEN

Unabhängige*r Bürgerbeauftragte*r für das Petitionsrecht

Spricht man über Mitwirkung und Bürger*innenbeteiligung in der Politik, sollte man auch über Petitionen sprechen. Fest in der Bayerischen Verfassung verankert, schafft das Petitionsrecht die Möglichkeit, sich direkt an die Abgeordneten des Bayerischen Landtags zu wenden. Ungefähr 2300 Eingaben erreichen den Landtag jährlich – ein gutes Drittel davon den Ausschuss für Eingaben und Beschwerden, dessen Vorsitzende ich bin. Aus unserer grünen Sicht bedarf es dringend einer Reform des Petitionsrechtes, um die Bürgeranliegen noch besser – proaktiv, transparent, modern und möglichst bürgernah – bearbeiten zu können.

Das aktuelle Petitionsrecht ist eigentlich sehr niederschwellig: Petitionen einreichen darf in Bayern zunächst einmal jeder und jede – unabhängig davon, ob man deutsche*r Staatsbürger*in ist, ob man in Bayern wohnt, ob man volljährig ist, ob man im Gefängnis sitzt oder unter Betreuung steht. Auch für eine dritte Person oder mit anderen Personen zusammen ist eine Petition möglich. Betrifft das Anliegen tatsächlich etwas, für das der Freistaat Bayern direkt oder indirekt zuständig ist, wie Vorschläge zur Landesgesetzgebung, Beschwerden über Polizei und Ordnungsamt, jegliche bau- und ausländerrechtlichen Angelegenheiten oder Beschwerden von Häftlingen über ihre JVA, wird diese Petition im passenden Fachausschuss des Landtags öffentlich behandelt. Dass Petitionen grundsätzlich öffentlich behandelt werden, ist eine bayerische Besonderheit. Schützenswerte Daten oder der simple Widerspruch der Petentin oder des Petenten führen aber natürlich auch in Bayern zu einer nicht-öffentlichen Behandlung. Petent*innen werden grundsätzlich über die Behandlung ihrer Petition informiert und können an der Sitzung teilnehmen. Ein Rederecht sieht das Petitionsgesetz nicht vor.

STEPHANIE SCHUHKNECHT, VORSITZENDE DES PETITIONSAUSSCHUSSES DES BAYERISCHEN LANDTAGS

Für jede Petition wird das zuständige Ministerium um Stellungnahme gebeten. Der Ausschuss kann eine Petition auf unterschiedlichste Weisen für beendet erklären – beispielsweise als „Material". Das bedeutet, dass der Ausschuss im konkreten Fall Änderungen im Gesetz anregt. Dies geschah beispielsweise erst kürzlich einstimmig am Beispiel der Schulwegkostenerstattung für das neue 365€-Jugendticket im AVV.
Das Hauptproblem des aktuellen Petitionswesens ist damit einerseits die Intransparenz und andererseits die mangelnde Unabhängigkeit der Stellungnahmen: Die Stellungnahmen werden allermeist von der Abteilung oder Stelle geschrieben, über die man sich beschwert hat (speziell bei den

Bayerischer Landtag

JVAs) und darüber hinaus gilt der Inhalt zunächst als nicht-öffentlich und wird dem oder der Petent*in nicht vor Behandlung der Petition mitgeteilt.

Grüne Forderungen

Zentraler Punkt einer grünen Reform ist die Einführung einer*s unabhängigen Bürgerbeauftragten. Diese*r Bürgerbeauftragte soll vom Landtag gewählt werden und für alle Eingaben und Beschwerden zuständig sein, die das Handeln der Behörden im Freistaat betreffen (=Administrativpetitionen). Er oder sie soll sich unvoreingenommen und mediatorisch um eine Lösung dieser bemühen und als Ansprechpartner*in sowohl für alle Bürger*innen als auch für dienstliche Angelegenheiten oder Beschwerden von Angestellten des Freistaats dienen. Der aktuell installierte bayerische Bürgerbeauftragte ist ein Abgeordneter der CSU, der durch den Ministerpräsidenten ernannt wurde und theoretisch jederzeit auch wieder durch ihn abberufen werden kann – so jemand ist weder vollkommen unabhängig noch ist er durch das Parlament legitimiert. Aktuell ist es dem Bürgerbeauftragten auch verboten, tätig zu werden, wenn eine Petition in der gleichen Angelegenheit vorliegt. Wir wollen dieses Prinzip umkehren und Petitionen erstmal von einer unabhängigen Stelle prüfen und bearbeiten lassen.

Dadurch wird auch gewährleistet, dass Bürger*innen schneller und transparenter in die Behandlung ihrer Petition eingebunden werden und sich aktiv im Rahmen der mediatorischen Konfliktlösung durch die*den Bürgerbeauftragte*n an der Problemlösung beteiligen und letztlich die endgültige Entscheidung dadurch auch besser akzeptieren können. Kann eine Angelegenheit nicht mediatorisch gelöst werden, wird sie dem Landtag vorgelegt. Dabei hilft dem Ausschuss die Stellungnahme der*des unabhängigen Bürgerbeauftragten. Außerdem wollen wir ein (begrenztes) Rederecht für Petent*innen einführen und dadurch für eine Stärkung der Stellung im Petitionsverfahren sorgen.
Die Stellung der Abgeordneten bei ihrer Kontrollfunktion gegenüber der Exekutive stärken wir zusätzlich durch ein Akteneinsichtsrecht, mehr Vorbereitungszeit und die neutrale Vorarbeit des/der Bürgerbeauftragten.

ÜBERGABE EINER PETITION GEGEN EIN GEWERBEGEBIET IN DER NÄHE VON LANDSBERG AM LECH.

„Alle Bewohner Bayerns haben das Recht, sich schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Behörden oder an den Landtag zu wenden."
Artikel 115, Absatz 1 Bayerische Verfassung

Zuletzt fordern wir eine Vereinfachung der Einreichung von Petitionen, indem ein verbessertes Online-Portal des bayerischen Landtags dazu eingerichtet wird, wo Petitionen mitgezeichnet werden können und der Stand eines Verfahrens erfragt werden kann. Betreiber von privaten Petitionsplattformen sollen im Gegensatz dazu darüber aufklären, dass Online-Petitionen ohne die Einreichung beim Landtag keine Petitionen im Sinne des Petitionsgesetzes (mit den entsprechenden Mechanismen und Rechten) darstellen. Für eingereichte Massen- und Sammelpetitionen soll es bei einem bestimmten Quorum ein umfassenderes Recht auf Anhörung im Ausschuss bzw. Befassung der Vollversammlung geben.

Neues Petitionsrecht schafft mehr Bürger*innenbeteiligung

Wir wollen als GRÜNE das beste und bürgernaheste Petitionsrecht in Deutschland schaffen. Denn Petitionen sind wie anfangs schon erwähnt eines der wichtigsten und niederschwelligsten Mittel der Bürgerbeteiligung in Bayern, da sie einen direkten Austausch zwischen Bevölkerung und Politik schaffen und den Abgeordneten dadurch ermöglichen, als Volksvertreter*innen tatsächlich von den konkreten Anregungen und Problemen der Bürger*innen zu erfahren und diese zu behandeln. Mit einem neuen, reformierten Petitionsrecht können Petitionen transparenter behandelt werden und durch die aktive Beteiligung an der Problemlösung mit dem oder der Bürgerbeauftragten eine neue Form der politischen Mitwirkung geschaffen werden.

Für die Inhalte dieser Seite ist Stephanie Schuhknecht, MdL, verantwortlich.

POTENZIALE DER DIREKTEN BETEILIGUNG DES WAHLVOLKS

Direkte Demokratie auf Landesebene: Volksbegehren

Die parlamentarisch-repräsentative Demokratie in Bayern sieht grundsätzlich vor, dass der Volkswille durch das von ihm gewählte Parlament ausgeübt wird. In Artikel 71 öffnet die Bayerische Verfassung aber auch der Bevölkerung die Option, unmittelbar eine Gesetzesvorlage per Volksbegehren einzubringen. Das bisher erfolgreichste Volksbegehren: „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern – Rettet die Bienen" wurde von uns GRÜNEN maßgeblich mitinitiiert.

Ich kann mich noch gut an ein Gespräch im Februar 2019 erinnern. Es lief gerade die zweiwöchige Frist, in der sich stimmberechtigte Bürger*innen in den Rathäusern und Bürgerbüros der Stadt für das Volksbegehren Artenvielfalt eintragen konnten, als mich ein alter Bekannter beim Friseur ansprach: „Ich komme gerade vom Bürgerbüro. Jetzt wohne ich schon über 30 Jahre in Deutschland und zahle pünktlich meine Steuern. Ich wollte die Bienen retten. Aber ich durfte nicht!", meinte er in aufgebrachtem Ton. Es stellte sich später heraus, dass er nur die türkische Staatsbürgerschaft besitzt und sich deshalb nicht eintragen konnte. Ein emotionaler Moment für ihn, wollte er sich doch an einem für ihn offensichtlich wichtigen gesellschaftlichen Thema beteiligen und wurde aufgrund einer Barriere davon abgehalten. Die Annahme der doppelten Staatsbürgerschaft ist nach aktueller Gesetzeslage nicht für alle Menschen möglich. Diese Empörung führte bei ihm zum Entschluss, sich nun einbürgern zu lassen.

Mehr direkte Demokratie wagen

Vorprogrammiert ist angesichts dieser Ausgrenzung das Gefühl des Ausgeschlossenseins und daraus resultierendes Desinteresse an den Geschehnissen im Hier und Jetzt. Die kommende Bundesregierung wird in diesem Zusammenhang vor der Herausforderung stehen, Barrieren der Partizipation mutig abzubauen und Reformen einzuleiten, um allen Menschen in unserem Land Teilhabemöglichkeiten zu eröffnen. Trotzdem sehen wir GRÜNEN aber auch die Schattenseiten von direkter Demokratie (als Beispiel sei etwa der „Brexit" genannt). Daher haben wir unsere Vision in puncto direkter Demokratie in unserem neuen Grundsatzprogramm auch deutlich vorsichtiger formuliert als in früheren Programmen. Wir sehen aber zugleich großes Potenzial in der direkten Entscheidung durch das Wahlvolk, im Geiste einer breiteren Bürger*innenbeteiligung. Auch die Absenkung des Wahlalters auf 16, bereits gängige Praxis in Brandenburg, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und demnächst auch in Baden-Württembeg, bedeutet für uns ein wichtiges Mehr an Beteiligung. Dies haben wir GRÜNEN im Landtag in Bayern zuletzt im Oktober 2021 mit einem Dringlichkeitsantrag erneut gefordert, um den Grad der „Jugendbeteiligung auf Landesebene" zu erhöhen. Unsere Forderung ist leider bisher immer am Unwillen der schwarz-orangenen Mehrheit im Parlament gescheitert.

CEMAL BOZOĞLU, MITGLIED DES PETITIONSAUSSCHUSSES UND DES AUSSCHUSSES FÜR VERFASSUNG, RECHT, PARLAMENTSFRAGEN UND INTEGRATION DES BAYERISCHEN LANDTAGS

Bayerischer Landtag

Das Volksbegehren als Instrument direkter Mitwirkung

Ein Weg zu mehr direkter Mitwirkung in Bayern ist das Volksbegehren: In dem dreistufigen Prozess muss zunächst ein Zulassungsantrag von mindestens 25.000 stimmberechtigten Personen unterschrieben und beim Bayerischen Innenministerium eingereicht werden. Falls dieses sämtliche formelle Kriterien für den legislativen Akt erfüllt sieht, gilt das eigentliche Volksbegehren als zugelassen. Zu beachten ist etwa, dass sich das Begehren auf die Zuständigkeit des Landtages beziehen muss und dass solche zu den Staatshaushalten ausgeschlossen sind. Nach Zulassung müssen sich binnen zwei Wochen mindestens zehn Prozent der Stimmberechtigten für dieses Volksbegehren offiziell eintragen. Ist auch diese Hürde genommen, ist der Bayerischen Landtag am Zug. Dieser kann entweder mit einfacher Mehrheit (bzw. 2/3 Mehrheit bei Verfassungsänderungen) seine Zustimmung zum Gesetzentwurf geben oder aber das Anliegen ablehnen. In diesem Fall wird ein Volksentscheid herbeigeführt und der Souverän, das Volk, zur Abstimmung gerufen.

Weiterhin ist im Artikel 83 des Landeswahlgesetzes noch eine Sondermöglichkeit zur Abberufung des Bayerischen Landtages festgehalten. In diesem heißt es: „Auf Antrag von einer Million Stimmberechtigter ist ein Volksentscheid über die Abberufung des Landtags herbeizuführen." Im Oktober 2021 wurde dies mit einem Volksbegehren tatsächlich auch versucht. Wesentliche Treiberin war die aus der Querdenker-Szene entstandene Kleinpartei „Die Basis". Unterstützt wurde die Kampagne auch von der rechtsradikalen AfD. Dieser Versuch scheiterte allerdings kläglich, da sich bayernweit lediglich 204.135 Personen (2,15 Prozent) dafür eintragen ließen. Damit stellte dieses Begehren auch dasjenige dar, das die wenigste Zustimmung erreichte. Dieses schlechte Resultat bewerte ich als positiv.

Barrieren mutig abbauen für eine breite, direkte Beteiligung

Für die Inhalte dieser Seite ist Cemal Bozoğlu, MdL, verantwortlich.

Schließlich war es der Versuch, die Mittel der Demokratie auszunutzen, um dieser schlussendlich schaden zu wollen. Unter anderem zeigt dies die brandgefährliche Melange der Unterstützenden überdeutlich.

Potenziale und Grenzen

In Bayern wurden bis dato 22 Volksbegehren durchgeführt. Das 2013 durchgeführte Volksbegehren „Nein zu Studiengebühren in Bayern" wurde von immerhin 14,3 Prozent unterstützt, zählt zu den erfolgreichsten der bayerischen Geschichte und wurde vom Landtag übernommen. Besonders interessant im Sinne der Beteiligung ist das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern" aus dem Jahr 1995. Die Folge war die Einführung von Bürgerbegehren und -entscheiden in der Bayerischen Verfassung sowie entsprechend in der bayerischen Gemeindeordnung (vgl. Art. 18a BayGO).

Ein wichtiges Momentum für den Artenschutz bildete das eingangs erwähnte Volksbegehren „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern – Rettet die Bienen", welches als klare Reaktion auf die Untätigkeit der CSU-Regierungen der letzten Jahrzehnte gewertet werden kann. Nach erfolgreicher Annahme im Parlament (167 Abgeordnete stimmten mit Ja, 25 mit Nein und 5 enthielten sich) blieb ein Volksentscheid entsprechend aus. Leider kann aber nicht davon ausgegangen werden, dass dieser eindeutige Volkswille ungebremst mit Leben gefüllt wird. Knapp zwei Jahre nach dem erfolgreichen Volksbegehren mussten wir feststellen, dass die Söder-Regierung bei der Umsetzung mauert, sich wegduckt und verschleiert. Der naturschutzpolitische Sprecher unserer GRÜNEN Landtagsfraktion Patrick Friedl stellte im Februar 2021 fest: „Der Biotopschutz bei den Streuobstwiesen wurde ausgehebelt, der Schutz der Gewässerrandstreifen kommt nicht voran und der Biotopverbund bleibt vage." Von einem wirklichen Aufbruch, so wie wir ihn uns vorgestellt haben, ist leider nicht zu reden. Im Gegenteil müssen die Oppositionsparteien weiterhin kritisch am Thema bleiben und die Anwaltschaft der Bienen und der Bienenretter*innen im Parlament übernehmen. Der Auftrag der Wähler*innen für den Artenschutz ist schließlich gerade in Augsburg eindeutig: Innerhalb der zweiwöchigen Frist hatten sich hier 38.907 Personen (20,6 Prozent) am Volksbegehren beteiligt.

#grünbewegt 2021

Die grüne Konferenz zum Thema MitWIRkung

NEUER TERMIN

Sa. 19. März 2022
13 – 17 Uhr
Oberer Fletz im Rathaus Augsburg

Menschen bewegen Einiges in Augsburg! Mit Engagement, Lust auf Veränderung und viel Mut, Herz und Verstand. Zusammen mit Expert*innen aus Wissenschaft und Stadtgesellschaft wollen wir mit euch über Beteiligung diskutieren: Was wurde schon erreicht, was steht jetzt und in Zukunft an?
Zu unseren Themen zählen Stadtentwicklung, Mobilität, Inklusion, Nachbarschaft und das geplante Beteiligungsbüro.

Anmeldung an
stadtratsfraktion@gruene-augsburg.de

gruene-fraktion-augsburg.de

GRÜNE FRAKTION AUGSBURG